H 8040 F
Nummer 49
Nov./Dez. 97
3,- Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

In seinen „Analysen" unterstellt das Blatt durch teilweise suggestives Verknüpfen von Einzelinformationen die Existenz „brauner Netzwerke", die über den tatsächlichen Rechtsextremismus hinaus angeblich weit in den Bereich der demokratischen Parteien hineinreichten und von diesen stillschweigend geduldet oder sogar gefördert würden."

(Dr. Helmut Rannacher, Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden-Württemberg über den Rechten Rand)

„Verfassungsfeindliche" Fotomontage von John Heartfield: „Der Sinn des Hitlergrusses", 1932

Inhalt

Impressum

Postanschrift: DER RECHTE RAND
Postfach 1324 • 30013 Hannover
Hausanschrift: Rolandstr. 16
30161 Hannover. Tel.: 0511 / 3360209
Postgiro Hannover
Nr. 44 55 86 - 301 • BLZ 250 100 30
Druck: Werkdruck Hannover
Satz und Layout: R. Simon
Erscheinungsweise: 6 x im Jahr
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Editorial

Tagtägliche rassistische Angriffe, nicht nur im Osten Deutschlands. Ein Dorf „wehrt sich“ gegen die Ansiedlung jüdischer AussiedlerInnen aus Rußland. Verbote gegen antifaschistische Demonstrationen. Massenverhaftungen von AntifaschistInnen wie in Saalfeld. Ein SPD-Kanzlerkandidat in spe, der mit forschen Worten von „kriminellen Ausländern“ die REP-Stammtische in SPD-Stammtische verwandeln will. Eine von Jungnazis der „Jungen Nationaldemokraten“ angekündigte öffentliche SPD-Fahnenverbrennung in München. Selbstfabrizierte Videos aus Bundeswehrkasernen mit „Hitlergruß“, die „die Linken“ eigentlich selbst zu verantworten hätten, weil sie sich seit langem durch die Entscheidung für den zivilen Ersatzdienst dem Bundeswehralltag entziehen. Sechzig Jahre nach der Reichspogromnacht, wird osteuropäischen Jüdinnen und Juden immer noch eine Entschädigung verweigert. Große Konzerne, wie Siemens, feiern ihre Gründungsjubiläen - Wiedergutmachung für die Ausbeutung zigtausender ZwangsarbeiterInnen wird nach wie vor verweigert. - Einige Schlagworte aus dem Herbst 1997. Und nur Spitzen des Eisbergs.

Gleichzeitig versucht der Verfassungsschutz Antifaschismus weiter zu diffamieren. Selbst vor Falschbehauptungen schrecken die „Verfassungsschützer“ nicht zurück. So behauptet der baden-württembergische VS-Präsident Rannacher z.B., DER RECHTE RAND veröffentliche Anschriften von „tatsächlichen und vermeintlichen Rechtsextremisten“. Auch der Abdruck „heimlich gefertigter Fotos“ wird der Zeitschrift angelastet. Als Beispiel wird ein Foto von Jürgen Rieger angeführt, der mit einer Axt in den Händen auf Gegendemonstranten zumarschiert. Da jetzt auch der „Stern“ dieses Bild veröffentlichte, dürfen wir auf den nächsten VS-Bericht gespannt sein.

Anlässe genug, Gründe genug, um als AntifaschistIn tätig zu werden, einzugreifen.

In diesem Sinne wünschen wir unseren Leserinnen und Lesern ein erfolgreiches Jahr 1998.

Zuletzt sei dieser Stelle noch einmal ausdrücklich auf unser im September '97 erschienenes Sonderheft zum Thema Revanchismus, „Der deutsche Ritt nach Osten“, hingewiesen. Das Heft war nicht Bestandteil des Abonnements von DER RECHTE RAND, sondern muß gesondert angefordert oder in Buch- bzw. Infoläden erworben werden.

Die nächste Ausgabe von DER RECHTE RAND - die Nr. 50 (!) - erscheint Anfang Januar 1998. Wegen der Feiertage ist der Redaktionsschluß schon am 6. Dezember 1997!

Termine

30. und 31. Januar 1998: „Historikerimpuls gegen Geschichtsrevisionismus - für antifaschistische Erinnerung. Die Veranstaltung wird getragen vom AStA der GHK Kassel und der VVN-Bund der AntifaschistInnen.

Weitere Informationen bei: VVN-BdA, Rolandstr. 16, 30161 Hannover, Tel. 0511-331136, Fax 0511- 3360221

Am 30. und 31. Januar 1998 wird in Marburg die von der Bundestagsgruppe der PDS veranstaltete Tagung “Alte und Neue Rechte an den Hochschulen - Nationalismus, Rassismus, Männerbünde, Neoliberalismus und neue Eliten” stattfinden.

Weitere Informationen bei: S. Peters, Fax: 06421/163873.

DER RECHTE RAND Register

Von den Ausgaben DER RECHTE RAND Nr. 1 bis Nr. 43 ist ein Register erstellt worden. Es ist als Papierausdruck oder als MS-Word-Datei auf Diskette für 10,- DM über die Redaktionsadresse erhältlich.

DER RECHTE RAND • Postfach 1324 • 30013 Hannover

Das Register umfaßt alle in diesen Ausgaben genannten Personen, Organisationen, Gruppen, Zeitschriften und Verlage. Weiterhin sind über diese Adresse auch alte Ausgaben unserer Zeitschrift erhältlich. **Die Ausgaben Nr. 1, 6, 7, 15, 20, 25, 27, 28, 38, 44 und 46 allerdings nur als Fotokopie zum Einzelpreis von 4,- DM.** Ebenfalls nur noch als Fotokopie nachzubestellen ist unser Sonderheft Nr. 1 zum Thema „Anti-Antifa“ (48 Seiten) zum Einzelpreis von 8,- DM. Die als Druckschrift vorliegenden Ausgaben

Nr. 2 - 16 (Mai 1989 - März/April 1992) - Einzelpreis: 2,- DM
Nr. 17 - 31 (Mai/Juni 1992 - Okt./Nov. 1994) - Einzelpreis: 2,50 DM
ab Nr. 32 (Dezember 1994/Januar 1995) - Einzelpreis: 3,- DM
sind nach wie vor erhältlich.

Géraldine Baaker & Samuel Salzborn

REP-Parteitag in Dietmannsried

„Wir werden die führende Rolle bei den Rechten spielen", verkündete der Bundesvorsitzende der Partei „Die Republikaner" (REP), Rolf Schlierer beim REP-Parteitag am Samstag, dem 18. Oktober. Zu dem Parteitag, der in Dietmannsried (Bayern) stattfand, waren 350 Delegierte angereist.

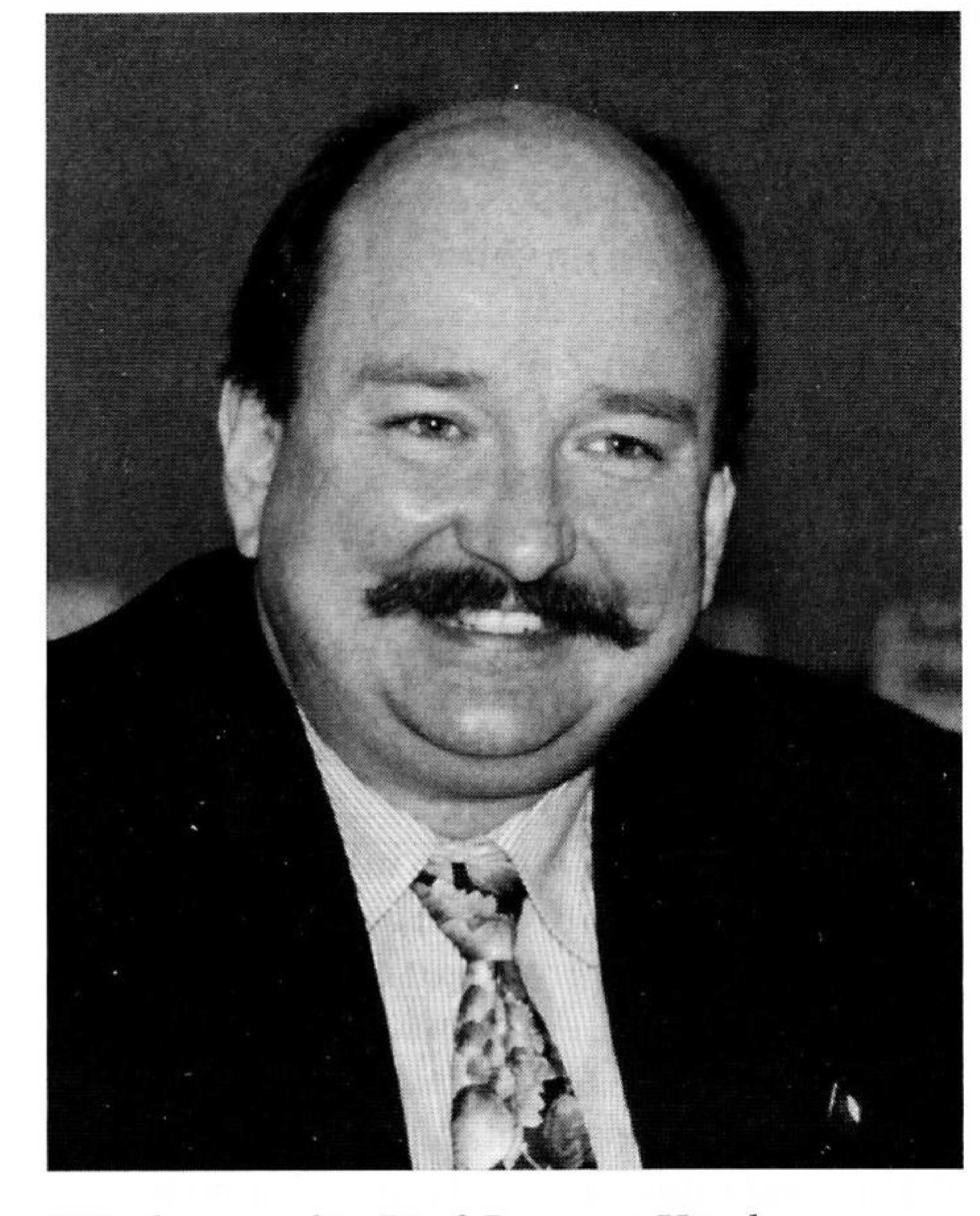
„Die Republikaner" (REP) wollen mit einem harten und entschiedenen Wahlkampf bei den Landtagswahlen 1998 in die Länderparlamente von Bayern, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen einziehen. Auch für die Bundestagswahl im kommenden Jahr wird die Überwindung der Fünf-Prozent-Klausel erstrebt.

Der baden-württembergische Landesvorsitzende der REP, **Christian Käs**, hatte im Vorfeld des Parteitages erklärt, daß „wenn alle Patrioten uns zur Seite treten", gute Chancen auf Realisierung dieses Vorhabens bestehen würden. Thematisch wollen sich die REP insbesondere Themen wie der sog. „Ausländerproblematik", der „Kriminalität mit all ihren Ursachen", der Rentenpolitik und dem Euro zuwenden.

Eintracht im rechten Lager, wie die Zusammenarbeit der „patriotischen Kräfte" für die Wahlen auszusehen habe und eine eindeutige Antwort auf die Frage, wer mit wem zusammenarbeiten werde, gibt es bislang nicht.

Zwar hat **Rolf Schlierer** bekräftigt, daß eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem französischen „Front National" (FN) erstrebt werde und dies auch durch die Einladung des Europaabgeordneten des FN, **Yvan Blot**, als Gastredner beim Parteitag unterstrichen.

Was jedoch auf bundesdeutscher Ebene von den „Republikanern" hinsichtlich ihrer Bündnispartner erstrebt wird, wurde von Schlierer und anderen REP-Funktionären bis dato ambivalent gehändelt. Mit Blick auf die Wahl in Hamburg erklärte er, daß die „Republikaner" „mit dieser Gespensterpartei des Herrn Frey" in keiner Weise kooperieren werden, sich jedoch Gespräche mit dem „Bund freier Bürger" (BfB) und der „Deutschen Sozialen Union" (DSU) vorstellen können: Schlierer legt Wert darauf, daß sie „das Original sind und nicht die anderen". Ein Wahlbündnis aller rechten Parteien lehnen die REP nach Angaben der „Berliner Zeitung" ab, weil es kein einheitliches rechtes Wählerpotential geben würde. Daß dies viel mit Propaganda zu tun hat und anhand der realen Gegebenheiten inhaltlich zur Makulatur verkommt, zeigt ein Blick auf rechte Quervernetzungen. Beim Parteitag in Dietmannsried äußerte sich auch **Alfred Mechtersheimer**, Initiator der rechten „Deutschland-Bewegung" und Vorsitzender des „Friedenskomitee 2000", zu den Delegierten. Alle „etablierten Parteien" seien antinational und „unfähig, die deutschen Interessen nach außen zu vertreten", so der 58jährige. Den „Republikanern" fehle es an „innerer Geschlossenheit, qualifiziertem Personal und an Professionalität", wobei sie laut Mechtersheimer „in ihrem Zustand in Baden-Württemberg", wo die REP im Länderparlament vertreten sind, unterstützenswert seien. Anfang März hatte Mechtersheimer bereits auf



Würde gern die Fünf-Prozent-Hürde überwinden: Christian Käs.

Einladung der REP-Landtagsfraktion vor gut 200 Zuhörern zum Thema „Multiethnische Entwicklung und Demokratiegebot" im Stuttgarter Landtag referiert. Sein Vortrag, der u.a. von der „Jungen Freiheit" und von „Europa Vorn" abgedruckt wurde, hatte seinerzeit sogar die „Badische Zeitung" dazu veranlaßt, festzustellen, daß Mechtersheimer „aus den giftigen Kräutern der Fremdenfeindlichkeit ein gefährliches Süppchen" kocht. Daß Mechtersheimer, der ansonsten für eine nationale „Volksbewegung, die aber noch in den Anfängen steckt", eintritt, sich für die REP engagieren wird, ist offensichtlich. Auch Schlierer gab an, daß er seinerseits die „Deutschland-Bewegung" weiterhin unterstützen werde. Mit Blick auf die Hamburger Wahl erklärte Mechtersheimer, daß für die Bundestagswahl „nur die Konzentration aller nationalen Kräfte auf diejenige Partei" bleibe, die „mit den größten Chancen ins Rennen geht", weil eine „Alternative zum Niedergang" von den „linken und rechten Internationalisten" nicht geboten würde. Einen ersten Hinweis auf die Bestrebungen der rechtsradikalen Kräfte für die Wahlen im kommenden Jahr lieferte schon die Festveranstaltung zum „Tag der deutschen Einheit" am 3. Oktober auf dem Kyffhäuser in Thüringen, zu der auch Mechtersheimer mitaufgerufen hatte. Die Festrede hielt der jüngst wegen seiner intensiven Kontakte zum BfB aus der Landtagsfraktion der FDP Hessen ausgeschlossene Sprecher der nationalen „Liberalen Offensive", **Heiner Ernst Kappel**. Desweiteren sollten bei der Veranstaltung, die unter dem Motto „'Für eine gemeinsame Deutsche Zukunft 1998' Kein Euro, kein Maastricht-Europa, keine Multikultur!" stand, neben anderen auch **Rudolf Andreas**, Generalsekretär der DSU, **Roberto Rink**, Bundesvorsitzender der DSU und Dr. **Bernd-Thomas Ramb** aus dem Parteipräsidium des BfB und auch als ständiger Mitarbeiter der „Jungen Freiheit" tätig, zu Wort kommen. Bei der Versammlung in Dietmannsried im Allgäu sprach dann auch ein Vertreter der DSU eine Grußadresse an die „Republikaner". **Joachim Nothdurft**, DSU-Landesvorsitzender in Sachsen-Anhalt, sprach sich dabei für ein gemeinsames Antreten von REP und DSU bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt Anfang des kommenden Jahres aus und zeigte sich erfreut darüber, daß er zur Veranstaltung der REP geladen worden war.

Die Parole für den REP-Parteitag war übrigens zuvor von der völkisch-nationalistischen Wochenzeitung „Junge Freiheit" durch deren Chefredakteur **Dieter Stein** ausgegeben worden: Die rechte politische Szene in Deutschland brauche nicht „Hunderte runde Tische oder Fusionen von Minizirkeln", sondern eine Organisation, die eine „vorzeigbare Partei mit mitreißenden Menschen" sein müsse und darüberhinaus dazu in der Lage, „sich der modernsten Methoden der Massenkommunikation mit Macht" zu bedienen und „die Öffentlichkeit in ihren Bann" zu ziehen. Stein forderte die „Republikaner" dazu auf, hierfür „ein Signal" zu setzen. Ob und wenn, wie das braune Bündnis aus „Republikanern", der „Deutschen Sozialen Union", dem „Bund freier Bürger", der „Deutschland-Bewegung" und der „Jungen Freiheit" funktionieren wird, zeigt sich voraussichtlich das erste Mal im Wahlkampf in Niedersachsen, dem ersten Testlauf im kommenden Jahr für die Bundestagswahl. Nach derzeitigem Stand wird den „Republikanern" dabei keine Konkurrenz von der DVU gemacht werden, die erklärte, auf eine Kandidatur verzichten zu wollen.

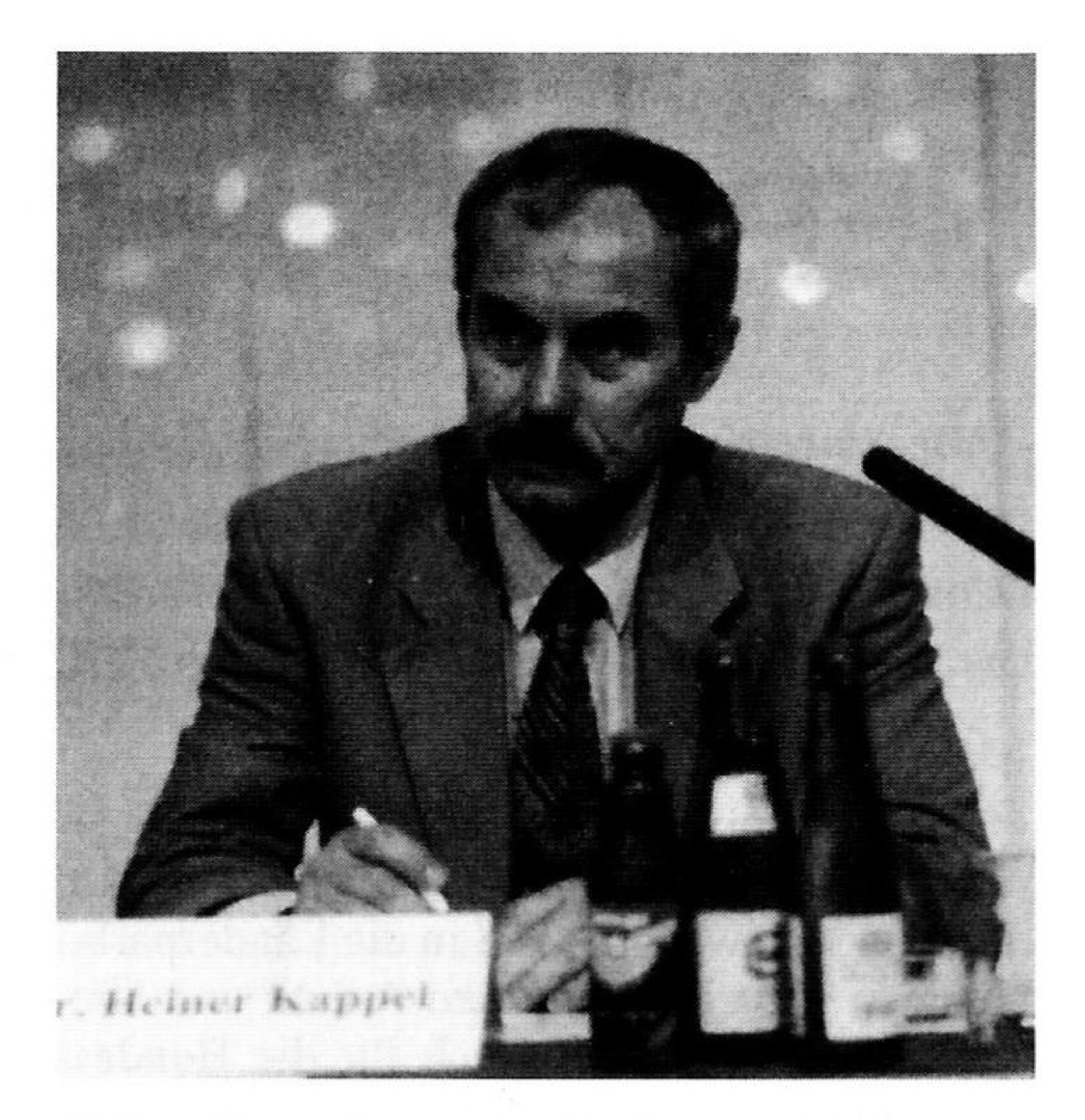
Urteil gegen Kissel

Der aus Solingen stammende nationale Bauunternehmer **Günther Kissel** darf seit dem 9. September nach einem Urteil der 3.Strafkammer des Wuppertaler Landgerichtes „Volksverhetzer und Auschwitzleugner" genannt werden. Das Gericht hatte eine Klage von Kissel gegen einen Studenten, der in der Solinger Stadtzeitung „Tacheles" im November 1995 darauf hingewiesen hatte, daß Kissel „ein aktiver rechtsextremistischer Drahtzieher, Volksverhetzer und Auschwitzleugner" ist, abgewiesen und Kissel selbst verurteilt. Kissel hatte u.a. in einem Rundschreiben gegen „Fremde" gehetzt und behauptet, diese würden „lügen, betrügen und prahlen" und dafür „ungeschoren" davonkommen. Den Fuhrpark seiner Firma stattete Kissel schon mit Aufklebern wie „Freiheit für Rudolf Heß" aus und in einem Fernsehinterview zum Prozeß gegen einen ehemaligen KZ-Aufseher machte er als treibende Kraft hinter dem Prozeß den „Zionismus" aus. Nachdem Kissel 1979 an einem Stammtisch von ehemaligen Waffen-SS-Aktivisten teilgenommen hatte, kam es regelmäßig zu Protesten dagegen, daß die Stadt Solingen Kissel mit umfangreichen Bauaufträgen eindeckt.

Matthias Rauch

(H)einer flog aus dem Kuckucksnest

Die Reden des FDP-Funktionärs Heiner Kappel auf Veranstaltungen des „Bundes freier Bürger" (BfB) und anderer rechter Splittergruppen haben die hessische FDP zu einem Ausschluß des rechten Wortführers aus der Fraktion im Wiesbadener Landtag bewogen. Schon zuvor war Kappel nicht mehr in das hessische FDP-Präsidium wiedergewählt worden.



Heiner Kappel, trotz Fraktionsausschluß erneut von der FDP Main-Taunus-Kreis als Direktkandidat für die Bundestagswahl '98 nominiert.

Der Rausschmiß von **Heiner Kappel** aus der FDP-Fraktion im hessischen Landtag scheint der vorläufige Höhepunkt der Auseinandersetzung um den rechten Wortführer und Chef der sogenannten „Liberalen Offensive" innerhalb der FDP zu sein. Doch ein deutliches Signal gegen rechte Mitglieder innerhalb der FDP sollte man hierin nicht sehen. Zwar ist es unbestreitbar, daß es zwischen Teilen der FDP-Führung und Heiner Kappel massive politische Unterschiede gab und gibt: Diese hatten in den 24 Jahren der Parteimitgliedschaft oft zu Streitereien geführt, Kappel wurde aber regelmäßig in Spitzenämter wiedergewählt. So konnte er als langjähriger schulpolitischer Sprecher immer wieder gegen Minderheiten hetzen und sich gegen integrative pädagogische Modelle wenden, ohne deswegen des Amtes enthoben zu werden. Es war nicht die FDP-Führung, die dieses Arrangement aufgekündigt hat, sondern Heiner Kappel, der mit seinen Auftritten beim „Bund freier Bürger" sowie weiteren rechten Sammlungsbewegungen bewußt den Stein ins Rollen gebracht hat. Er suchte geradezu den Rausschmiß, um den Bruch der von ihm gesehenen rechten Basis mit der wirtschafts-„liberalen" Führung zu provozieren und so die Basis für eine zukünftige Rechtspartei zu rekrutieren.

Entsprechend schienen zwar die rechten Töne von Kappel der Auslöser zu sein, die hessische FDP sprach sogar davon, daß das Maß des Erträglichen nun überschritten sei. Diese Aussage galt aber nicht den altbekannten Aussagen von Kappel, sondern den Auftritten bei der Konkurrenz. Der hessischen FDP war schon lange klar, daß die Person Kappels einer der Gründe ist, warum die FDP, die außer in Hessen über wenig Landtagssitze verfügt, es gerade hier geschafft hat. Der Erfolg der FDP bei Kommunalwahlen Anfang des Jahres im Main-Taunus-Kreis, der nach wie vor von Kappel geführt wird und dessen Parlamentarier ihm sehr massiv den Rücken stützen, mit Spitzenergebnissen von 17-18%, sprechen eine deutliche Sprache. Es war die Angst vor dem Verlust dieser Stimmen, die die FDP solange hatte zögern lassen. Sie wußten, daß der Rausschmiß von Kappel und Gefolge eine Krise innerhalb der FDP auslösen könnte. So droht die komplette Bad Sodener FDP Heiner Kappel zu folgen, die FDP-Kreisvorsitzende Gaby Thiel rechnet für den gesamten Main-Taunus-Kreis mit einem Wechsel von 50-80% der Mitglieder zu einer neugegründeten Partei unter Leitung von Heiner Kappel. Und auch auf Bundesebene gibt es Stimmen, die vor dieser Entwicklung warnen. So droht **Jürgen Möllemann**, daß er im Falle eines Ausschlusses von Heiner Kappel ebenfalls die Partei verlassen würde. Zwar distanziert er sich im selben Atemzug von den politischen Positionen der „Liberalen Offensive", zwischen den Zeilen kann man aber lesen, daß er einer - neu zu gründenden - Rechtspartei grundsätzlich offen gegenüber stände.

Offensichtlich scheint die Strategie von Kappel zu wirken, der Rausschmiß verleiht ihm und Gruppen, in denen er sich engagiert, öffentliche Aufmerksamkeit. Doch weiß er auch um die Gefahren. „Der Eintritt in eine der kleinen außerparlamentarischen Parteien wird aber niemandem tatsächlichen Erfolg bringen. Meiner Ansicht nach muß da mehr geschehen", orakelt er. Gleichzeitig weiß er aber auch, daß es notwendig sei, die „Alibifunktion" „bürgerlich-konservative(r) Kreise" innerhalb von CDU, CSU und FDP als Wahlargument für rechte Wähler aufzubrechen und diese Grüppchen zu einem Austritt zu bewegen. So bleibt als logische Konsequenz nur der erneute Versuch einer Sammlungsbewegung, deren Aufgabe die Schaffung von Strukturen abseits der von Machtkämpfen und inneren Zerwürfnissen geprägten bestehenden Rechtsparteien ist; auch solle diese Sammlungsbewegung eine so breite Verankerung haben, um „Die Republikaner" zu beerben, denn „viele Wähler, die in der Vergangenheit aus Protest Republikaner gewählt haben, können sich sicher mit meinen Zielen identifizieren."

Nach dem die von Kappel mitinitiierte „Stimme der Mehrheit" bereits wenige Monate nach der Gründung an den üblichen Machtquerelen scheiterte, hält sich die „Liberale Offensive" in alle Richtungen offen und wirbt in unterschiedlichen Spektren für einen Zusammenschluß. Neben den Auftritten beim „Bund freier Bürger", bei einer Initiative „Offensive für Deutschland", die unter Leitung von **Heiko Heitmann** im Oktober in Nienburg an die Öffentlichkeit trat und eine abstruse Mischung von Anthroposophen, Geschichtsrevisionisten und gottesfürchtigen Konservativen ist (wie der Antifaschistische Arbeitskreis Nienburg/Weser berichtet) und für eine Sammlung des rechten Spektrums wirbt, sind es Signale, die Kappel in die unterschiedlichsten Richtungen sendet, um eine möglichst große Akzeptanz zu bekommen. So lobt Kappel die „Republikaner", die er laut obigem Zitat beerben will - unter Betonung offensichtlicher Unterschiede als eine Partei bestehend aus Mitgliedern, die er stets als „freundliche und faire Menschen" kennengelernt habe.

Modell für zukünftige Projekte dürfte das vom „Bündnis Konstruktiver Kräfte Deutschlands" (auch hier engagiert sich Kappel seit einigen Monaten) initiierte Kyffhäusertreffen vom 3.Oktober sein. Um die üblichen Machtquerelen zu vermeiden, sollen die bestehenden Parteien erhalten bleiben und nur in der Sammlungsbewegung neben anderen Gruppen, aber auch Einzelpersonen, nebeneinander gleichberechtigt mitwirken dürfen. So referierten auf dem Treffen einträchtig neben Kappel der DSU-Generalsekretär **Rudolf Andreas** neben dem Bundesvorsitzenden der „Deutschen Partei", Prof. Freiherr **Johannes von Campenhausen**, dem DSU-Funktionär **Roberto Rink**, **Bernd-Thomas Ramb**, Wirtschaftsredakteur der „Jungen Freiheit", aus dem BfB-Präsidium Hessen, sowie und **Baldur Springmann** von den „Unabhängigen Ökologen Deutschlands". Die herausgestellte Breite des Bündnisses, die gespielte Harmonie sowie der Rummel um Heiner Kappels Rausschmiß sollen das Fundament einer rechten Sammlungsbewegung werden - eine Vision an der schon viele Gruppen gescheitert sind und der gerade das BKKD schon seit 2 Jahren vergeblich hinterherläuft.

Ausgeschlossen

Die niedersächsische FDP hat den Ratsherrn der Stadt Moringen, **Karl Barnkothe**, aus der Partei ausgeschlossen. Das Landesschiedsgericht urteilte, der 68jährige habe der Partei durch seine Zusammenarbeit mit den „Republikanern" „schweren Schaden" zugefügt. Im Moringer Rat hatte Barnkothe mit dem REP-Abgeordneten **Josef Jugl** eine Zählverbindung gebildet. Als der Liberale im März vom FDP-Landesvorstand aufgefordert wurde, die Zusammenarbeit mit den „Republikanern" zu beenden, lehnte er dies ab. Bereits 1983 war Barnkothe unangenehm aufgefallen. Damals hatte er sich in einer Ratssitzung geweigert, die Existenz eines Konzentrationslagers in Moringen während des Hitlerfaschismus anzuerkennen. Weiterhin weigerte er sich als Ratsherr, sich für die geschichtsverfälschende Darstellung in der Moringer Stadtchronik beim jüdischen Volk zu entschuldigen. In der Chronik war u.a. die Reichspogromnacht als Folge „jüdischer Provokationen" geschildert worden. Der FDP-Kreisverband Northeim billigte übrigens damals und heute sein Verhalten.

Stefan Peter

„Deutsche Soziale Union“

Größenwahn im Internet gegen Bedeutungslosigkeit in der Realität

Wer im politischen Alltag nichts zu melden hat, lebt Größenwahn und Profilneurosen im Internet aus - so auch die „Deutsche Soziale Union“ (DSU), die, dem Beispiel anderer rechter Splitterparteien folgend, fehlende politische Relevanz mit der Präsenz im Internet auszugleichen sucht. Dabei bleibt die Realität oft auf der Strecke - auch hier macht die DSU keine Ausnahme.


Roberto Rink, DSU

Eine Darstellung der Geschichte der 1990 von der CSU mitgegründeten Partei im Internet lehrt den oder die LeserIn, daß diese Splitterpartei über sechs Landesverbände im Osten der Republik verfügt, in einer Übersicht der Kreisverbandsadressen wird diese Zahl dann sogar auf vier Bundesländer reduziert: Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Brandenburg. Darüberhinaus verfügt sie nach eigenen Angaben über einen in Gründung begriffenen Landesverband im Westen. Bei diesem handelt es sich um den Kreisverband Mainz der DSU, dem Prof. Dr.med. **Friedrich Ehrenbrandt** und **Ernst Marliany** vorstehen.

Ehrenbrandt, „Tempelritter“ und langjähriger Leiter des „Evangelischen Arbeitskreises der CDU Rheinland-Pfalz“, war Festredner beim zehnjährigen Bestehen der „Burschenschaft Germania“ und Mitunterzeichner des rechten Aufrufs zum 8.Mai 1995. Marliany ist beamteter Lehrer an einem Mainzer Gymnasium. Darüberhinaus ist der ehemalige „Republikaner“-Funktionär Landesvorsitzender der „Landsmannschaft Schlesien“ in Rheinland-Pfalz, Oberstleutnant der Reserve (als solcher unterschrieb er den Aufruf zum 8.Mai 1995), Mitglied des Bundesvorstandes der DSU und deren Aufbauleiter West sowie Regionalbeauftragter des „Friedenskomitees 2000“ von **Alfred Mechtersheimer**, der vom Verfassungsschutz in eine Reihe mit den Rechtsextremisten **Franz Schönhuber** und **Harald Neubauer** gestellt wurde.

Der (Wunsch-)Vorstellung der DSU im Internet als bundesweiter Partei dient eine Übersicht ihrer „Landesverbände“ mit Querverweisen zu weiteren Internet-Seiten. Nach dieser Übersicht hat die DSU plötzlich bundesweit 16 Landesverbände, acht davon in Gründung. Weitere fünf nicht explizit „Landesverbände“ genannte liegen jenseits deutscher Grenzen: Schlesien, Pommern, das Sudetenland, Ost- und Westpreußen. Während die „Schlesien“- und „Pommern“-Seiten jeweils zu einer Internet-Seite führen, die aus einem von Ernst Marliany (als Funktionär der „Landsmannschaft Schlesien“) zu verantwortenden revanchistischen Flugblatt besteht, weisen die drei anderen just auf die DSU-Internetseite, die sie als Landesverbände in Gründung ausweist. Damit kann davon ausgegangen werden, daß die DSU weite Teile östlich Deutschlands als „deutsches Stammesgebiet“ beansprucht. Summa summarum macht das 21 Landesverbände und ein Bild Deutschlands in den Grenzen weit vor 1945, das weder mit der Realität, noch mit der Verfassung in Einklang zu bringen ist ...

Weitere Internet-Seiten bieten diverse Flugblätter und Presseerklärungen, Adressen der wenigen real existierenden Landes- und Kreisverbände und ihrer Ansprechpartner sowie einige Seiten der „Jungen Sozialen Union“ (JSU). Dieser wird nachgesagt, daß sie sich die Aussage des Dresdner DSU-Funktionärs **Jürgen Schwarz**, rechts der DSU dürfe es nichts geben, zu eigen gemacht habe. Dort ist auch zu erfahren, daß der 8. DSU-„Bundesparteitag“ in Leipzig von 79 Delegierten und 40 weiteren „Mitgliedern und Freunden“ besucht wurde, die den bisherigen Parteichef **Roberto Rink** im Amt bestätigten, während der rechte Multifunktionär Ernst Marliany nicht in die unmittelbare Parteispitze gewählt wurde. Doch auch die Präsenz im Internet ändert nichts an der parteipolitischen Bedeutungslosigkeit der DSU, die zum „in der Tendenz rechtsextremen Bündnis um Schrenck-Notzing, Alfred Mechtersheimer und dem BKKD“, so das „Handbuch Deutscher Rechtsextremismus“, zu zählen ist.

Dies wurde erneut am Kyffhäuser gezeigt, wo sich am 3.Oktober laut „Berliner Zeitung“ „Rechts-Konservative und National-Liberale, Anhänger der Neuen Rechten und Korpsstudenten“ trafen. Starredner war das (Noch-) FDP-Mitglied **Heiner Kappel**. Zu diesem Kreis zählen die Gruppen um das von der DSU mitgegründete „Bündnis Konstruktiver Kräfte Deutschlands“ (BKKD), der „Bund freier Bürger“ (BfB), das „Friedenskomitee 2000“ und die „Deutschlandbewegung“, der „Staatspolitische Club Rhein-Main“ um **Lothar Lauck**, die „Unabhängige Ökologen Deutschlands“ (UÖD), die „Dresdner Freitagsgespräche“ (DFG) und ihre „Aktion 99 - Deutsche Mark“ sowie diverse Vertriebenenorganisationen. Die „Dresdner Freitagsgespräche“ um den ehemaligen „Wiking-Jugendlichen“ **Hans Holger Malcomeß**, heute DSU-Mitglied, sind nach Angaben dortiger AntifaschistInnen ein Sammelbecken des „schwarz-braunen Sumpfes von Dresden“. Dazu zählen Mitglieder von JU, JSU, REP, Autoren der faschistoiden Gruftzeitschrift „Sigill“ und der inzwischen eingestellten „Zeitenwende“, Aktivisten der stark rechtslastigen Dresdner „Burschenschaft Cheruscia“ und ehemalige Mitglieder inzwischen verbotener rechtsextremer Organisationen, so ein Flugblatt aus Dresden.

Altnazi Remer tot

Für Naziikonen und neofaschistische Propagandisten ist 1997 kein gutes Jahr - nach **Gustav Sichelschmidt**, **Martin Mußgnug** und **Thies Christophersen** verstarb am 4.Oktober der Altnazi **Otto Ernst Remer** im spanischen Marbella, wo er sich nach der Flucht vor der deutschen Justiz aufhielt. Nach Angaben der Familie Remers soll er in Spanien eingeäschert werden.

Zur Naziikone wurde er vor allem wegen seiner Schlüsselrolle bei der Niederschlagung des Aufstandes vom 20.Juli 1944, wofür er von Hitler zum Generalmajor und Divisionskommandeur befördert wurde und zeitweise dessen Leibwächter war. Nach 1945 war er aktiv beim Aufbau neofaschistischer Strukturen und auf dem publizistisches Sektor, später auch mit einem eigenen Verlag („Remer-Heipke-Verlag“). Er verfügte über weitreichende Kontakte zu nahezu dem gesamten neofaschistischen Spektrum. Mitzuverantworten hatte er unter anderem die Gründung der verbotenen „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP) oder der „Deutschen Freiheitsbewegung“ (DDF). Er nahm teil an Neonazi-Treffen wie z.B. bei der FAP oder der NF. Hervorgetan hat er sich seit den 80er Jahren aber vor allem als Revisionist, unter anderem im von ihm gegründeten braunen Blatt „Recht und Wahrheit“ und in der antisemitischen „Remer-Depesche“ sowie als Initiator des revisionistischen sog. „Rudolf-Gutachtens“.

Zu seinen weiteren Eigenheiten zählte die Neigung, sich aus der Verantwortung zu stehlen. So schickte er 1945 zwar seine Divisionen im „Endkampf“ gegen die russische Armee, er selbst begab sich dagegen in Zivilkleidung in amerikanische Gefangenschaft. Nach 1945 wurde er mehrfach wegen übler Nachrede, Beleidigung, Leugnung des Holocaust und Aufstachelung zum Rassenhaß verurteilt, teilweise versuchte er, sich dem Strafantritt durch Flucht zu entziehen. Das letzte Urteil stammte aus dem Jahr 1992 (22 Monate ohne Bewährung wegen Leugnung des Holocaust). Dem Strafantritt entzog er sich mit der Flucht nach Spanien zu Gesinnungskameraden der CEDADE. Die von Neofaschisten darum gesponnene Mär behauptet, dies sei allein auf Wunsch seiner Frau und seiner Freunde geschehen. In Spanien gewährte man ihm zwar kein Asyl, lieferte ihn aber auch nicht an Deutschland aus. *Stefan Peter*

Ivo Bozic

Mitleid mit ostdeutschen Krisenopfern

Gollwitz und die jüdischen AussiedlerInnen

Genau sechs Jahre nach den pogromartigen Angriffen auf eine Flüchtlingsunterkunft im sächsischen Hoyerswerda hat sich eine kleine 400-Seelen-Gemeinde in Brandenburg in die Liste ostdeutscher Ekel-Orte eingereiht. Die BürgerInnen der Stadt Gollwitz im Landkreis Potsdam-Mittelmark sprachen sich einmütig gegen die Aufnahme von 50 jüdischen AussiedlerInnen aus. Bürgermeister Andreas Heldt brachte in einer Gemeinderatssitzung einen Antrag ein, in dem die Unterbringung der AussiedlerInnen in Gollwitz abgelehnt wird, weil diese „erheblich in das dörfliche Gemeinschaftsleben eingreifen" würde. Die Abgeordneten stimmten ohne Ausnahme für den Antrag.

Was ist das für ein „dörfliches Gemeinschaftsleben", das nach Auffassung der Dörfler so erhaltenswert ist? Es ist ein durch und durch rassistischer und antisemitischer Provinzmief. Das wird erkennbar an den Äußerungen der GollwitzerInnen. Da rechnete ein Abgeordneter vor, daß die Jüdinnen und Juden 15 Prozent der Dorfbevölkerung ausmachen würden. Ein anderer erklärte, er werde im Falle einer Unterbringung einen hohen Zaun um sein Grundstück ziehen. Es sei doch „allgemein bekannt, daß Ausländer nicht gerade Friedensbringer sind". **Helga Nutzmann** ist Mitglied im Gemeindekirchenrat. Eine Christin also, voller Nächstenliebe. Oder doch nicht? Im Gespräch mit der „Märkischen Allgemeinen Zeitung" (MAZ) offenbarte sie: „Alle Leute aus dem Ostblock haben einen überdimensionalen Hang zur Kriminalität". Ähnlich äußerten sich alle GollwitzerInnen, die in den letzten Wochen von JournalistInnen befragt wurden. Nicht *eine* Stimme erhob sich gegen diesen fremdenfeindlichen Dreck. Ein Einwohner drohte sogar öffentlich mit einem zweiten Dolgenbrodt.

Ist die Motivation der Dörfer wirklich antisemitisch oder einfach rassistisch? Sicher - die GollwitzerInnen hätten ihr Scheißkaff auch vor 50 Roma oder Homosexuellen verbarrikadiert, dennoch fällt im konkreten Fall auf, wie tief ihnen der Antisemitismus in den Knochen steckt. Da äußerte ein Dorfbewohner, als er gefragt wurde, ob er wisse, daß sechs Millionen Juden umgebracht wurden: „Offensichtlich zu wenige". Und der Bürgermeister gab gegenüber der Lokalpresse sogar zu, „vielleicht ausländerfeindlich" zu sein, „aber nicht braun". Denn er sei selbst drei Wochen in Israel gewesen und habe sich Gedenkstätten angeschaut: „Aber dort sind sie auch nicht gut auf die Deutschen zu sprechen, das muß ich auch mal sagen".

Die GollwitzerInnen feierten einen ersten Erfolg, als ihr Landesvater **Manfred Stolpe** (SPD) sie in Schutz nahm: Es handele sich um ganz normale BürgerInnen, betonte er. Grund für ihre Wut seien Planungsfehler der Behörden. Man habe die GollwitzerInnen schlecht vorbereitet. Schließlich kam es, so vermutet der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Ignatz Bubis, gegenüber der Wochenzeitung „Jungle World", offenbar zu einem Deal. Der Gollwitzer Gemeinderat nahm seinen Beschluß zurück. AussiedlerInnen werden aber wohl dennoch nicht nach Gollwitz kommen. Ein glatter Sieg für die GollwitzerInnen.

Gestützt wurde der ganz normale Mob aber nicht nur von Stolpe. Auch die Kommunistische Plattform der PDS (KPF) und die Tageszeitung „junge Welt" (jW), legten sich mächtig ins Zeug, um die Gollwitzer BürgerInnen reinzuwaschen. Die Charakterisierung ehemaliger DDR-BürgerInnen als besonders rassistisch und anfällig für neofaschistische Umtriebe, das gefällt den Parade-Ossis und DDR-Nostalgikern überhaupt nicht. Eine ans Herz gehende Reportage in der jW schilderte die schwere soziale Lage in dem 400-Einwohner-Nest, wo es „weder ein Kaufladen oder eine Kneipe; noch eine Kita, eine Schule oder ein Jugendzentrum" gebe. Einige im Dorf sollen sogar Hunger leiden. Die rassistischen und antisemitischen Sprüche all dieser sozialen Opfer sollen dadurch relativiert werden. Daß es vor allem die ostdeutsche Lokalzeitung MAZ war, die schonungslos die ausländerInnenfeindliche Hetze der GollwitzerInnen offenlegte, spielt für die jW keine Rolle. „Pressegeier" von „westlich der Elbe" verdrehen laut jW den GollwitzerInnen die Worte im Mund und hetzen gegen die ehemaligen LPG-Bauern. Und daß „neudeutsch organisierte 'Antifaschisten' über die 'braunen Kollektive' herfallen", diene „dem alten Auftrag zur Verschleierung der gesellschaftlichen Verhältnisse".

Wie die funktionieren, haben die ML-Kommunisten natürlich ganz klar. Es gibt nur einen Hauptwiderspruch, die Ökonomie, das heißt, eigentlich nur die soziale Lage. Die Ausgebeuteten stehen den Ausbeutern gegenüber. Rassismus ist nur eine Folge der „von oben betriebenen Sozialisierung des Elends", die die „Krisenopfer gegenseitig ausspielt." Das Zitat stammt von dem leitenden jW-Redakteur **Werner Pirker**, der immer für die Abschaffung der Antifa-Seite in der jW gekämpft hat. Auf einer Versammlung der jW-Genossenschaft lehnte er ab, die Bezeichnung „antifaschistisch" in die Selbstverständniserklärung aufzunehmen, weil das mit dem Begriff „antikapitalistisch" abgedeckt sei. Er wolle eine Zeitung „für die Krisenopfer" machen. Also auch für das RassistInnenpack aus Gollwitz. Das ist nur konsequent. Was Pirker und seine GenossInnen nicht wahrhaben wollen, ist, daß sich die Krisenopfer nicht nur - wie behauptet - gegeneinander ausspielen lassen. Es gibt durchaus eine Tradition des sich Zusammenschließens in Deutschland: Die Unterdrückten schließen sich als Deutsche zusammen und stehen auf gegen alles Fremde.

Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, funktioniert das ähnlich, aber doch ein bißchen anders. Denn während es klar ist, daß man sich als Deutscher nicht zusammenschließen und - von Nichtdeutschen - abgrenzen kann, ohne dem Vorwurf des Nationalismus und Rassismus ausgesetzt zu sein, so ist es durchaus legitim - auch für Linke - sich als OSTdeutsche zusammenzuschließen. Immerhin ist man als ehemaliger DDR-Bürger doppelt ausgebeutet. Und Schuld sind die Fremden - die Wessis und die AusländerInnen, die gab's hier ja vorher nicht. Die vermeintlich Linken im Osten, die sich stark auf die DDR beziehen und - so wie es in KPF- und jW-Kreisen üblich ist - eine verklärte, nostalgische Sicht auf die gute, alte Zeit haben, sind besonders geneigt, sich als Ostdeutsche extra unterdrückt zu fühlen und sich zu verbünden.

Wie sagte KPF-Sprecherin Ellen Brombacher in der jW: Die Sozialordnung gleiche einem Hühnerhof, wo ein Huhn auf das auf der sozialen Leiter drunterstehende Huhn einhackt. Das bezieht Brombacher direkt auf die deutsche Gesellschaft. Die Ossis, in diesem konkreten Fall also „die Gollwitzer sind auf der vorletzten Sprosse in diesem Land" - offenbar nur noch über den Jüdinnen und Juden. Die armen GollwitzerInnen! Man sollte dringend Lichterketten bilden, um die DörflerInnen vor Pogromen zu schützen, anstatt sie zu beschimpfen. Denn wenn wir auf sie einhacken, ist es ja kein Wunder, daß sie auf den Juden rumhacken. Ach ja, das Leben auf dem Bauernhof!

Ivo Bozic ist Mitherausgeber der Wochenzeitung „Jungle World"

Bardot verurteilt

Die französische Tierschützerin und ehemalige Schauspielerin Brigitte Bardot ist wegen Anstiftung zum Rassenhaß zu einer Geldstrafe von 10.000 Francs (ca. 3.000 DM) verurteilt worden. Bardot hatte in einem Kommentar für die französische konservativen Zeitung „Le Figaro" im April letzten Jahres das im Frühjahr gefeierte moslemische Opferfest (Eid el Adha) scharf angegriffen, bei dem am Ende des Fastenmonats Ramadan traditionell Lämmer geschlachtet werden. „Die Schlachtungen kämen Folterungen gleich und seien Zeichen der grausamsten heidnischen Opferungen". Außerdem beklagte, die mit einem Mitglied der rechtsradikalen „Front National" verheiratete Bardot, eine „ausländische Überbevölkerung" in Frankreich. Begrüßt wurde das Urteil von der „Bewegung gegen Rassismus und für die Freundschaft der Menschen", die gegen Bardot geklagt hatte. Nach französischem Recht können Zivilklagen wegen Ausländerfeindlichkeit auch strafrechtlich verfolgt werden. In dem Prozeß war dies nicht der Fall, sonst hätte Bardot mit einer Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr und einer Geldstrafe bis zu 300.000 Francs (rund 105.000 Mark) rechnen müssen

Gregor Schmitt

Proteste gegen „seelischen Vernichtungskrieg“?

Wie auch in anderen Städten, in denen vorher die Ausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944” gezeigt wurde, kam es auch im Studentenstädtchen Marburg zu Aktivitäten des gesamten rechten Spektrums gegen die Ausstellung. Geprägt wurden die Proteste durch Gruppen aus der Region und der näheren Umgebung. Im Vorfeld hatte vor allem die „Fördergemeinschaft für Soldatenverbände”, ein im Landkreis Marburg-Biedenkopf ansässiger Militaristenverband, zu Protesten gegen die Wehrmachtsausstellung aufgerufen.

Unter Leitung des hessischen Präsidenten der Johanniter Unfallhilfe, des ehemaligen Oberleutnants **Alfred Zips**, hatte der Militaristenverband bereits im Frühjahr mit der Vorbereitung begonnen. Ihm gelang ein Zusammenschluß verschiedener „Vertriebenenverbände”, sogenannten „militärischen Traditionsverbänden”, des „Kyffhäuserbundes” und den zahlreichen ansässigen Burschenschaften. Vor Ort genießt die „Fördergemeinschaft“ ein starkes Ansehen bei Kommunalpolitikern.

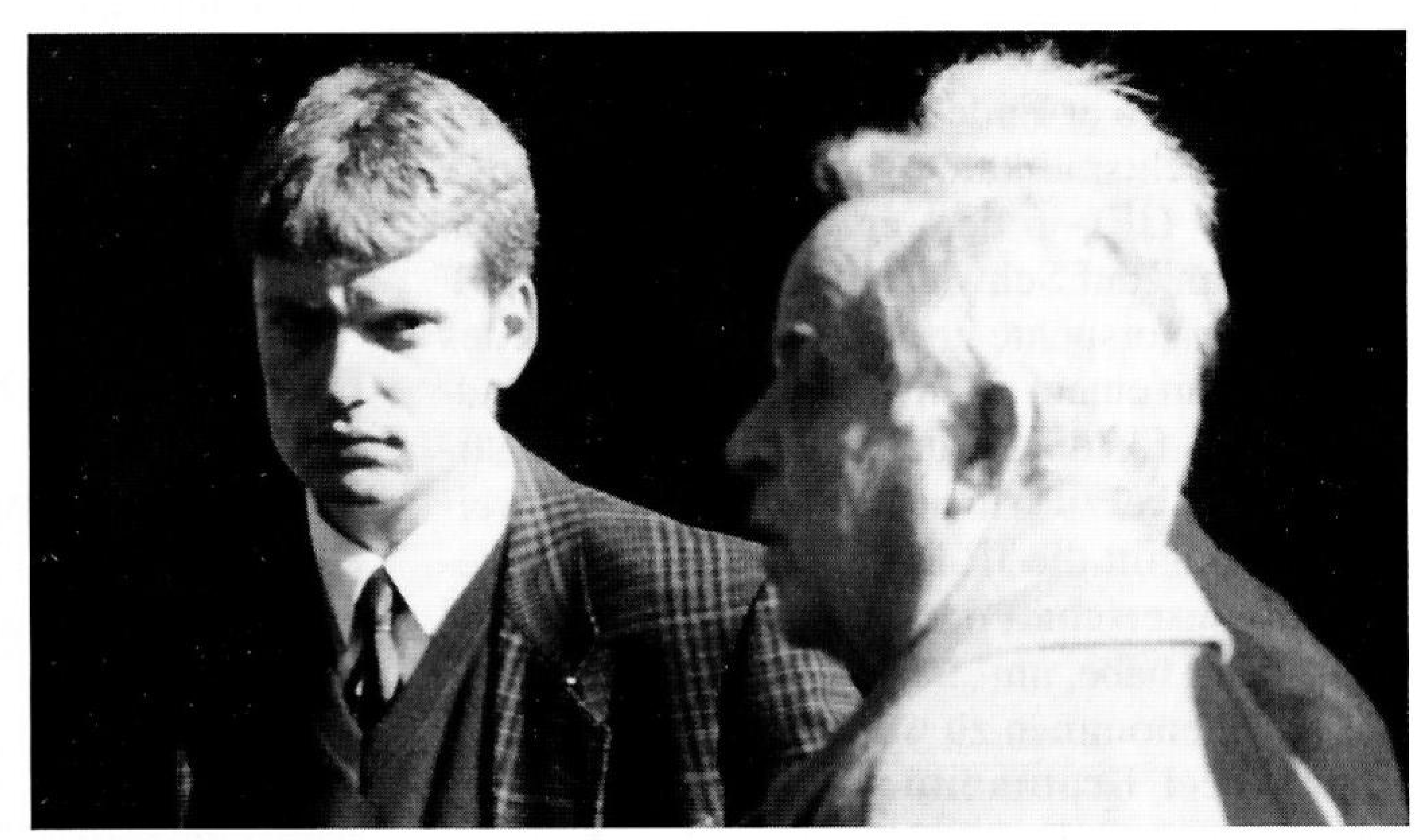
Auch der „Republikanische Hochschulverband“, nach 8 Jahren politischer Abstinenz unter Leitung von **Eike Erdel** von der Burschenschaft „Normannia-Leipzig” und **Daniel David Schäfer** von der Verbindung „Rheinfranken” wiedergegründet, beteiligte sich an diesem Bündnis. Im Mief der rechten Marburger Studentenverbindungen, der auch der amtierende REP-Vorsitzende **Rolf Schlierer** entstammt, war ihnen unlängst die Wahl ins Studentenparlament gelungen. Erdels politische Äußerungen führten bereits zu einer Anfrage im Bundestag: in einem Bericht in der „Jungen Freiheit“ über eine Reserveübung der Bundeswehr hatte der Leutnant der Reserve rechtsextremes Gedankengut zum Besten gegeben.

Auch ansonsten zeigte sich die „Fördergemeinschaft für Soldatenverbände“ offen neonazistisch; ihr Vorsitzender zeichnete verantwortlich für ein Flugblatt, in dem Akten der NS-Justiz den Beweis für die vermeintliche Ehre der Wehrmacht liefern sollten. Ähnlich argumentierte ein weiterer Aktivist der „Fördergemeinschaft“, **Siegfried Müller** - er behauptet sogar, daß die wenigen überhaupt vorgekommenen Verfehlungen der Wehrmachtssoldaten alle bis zum Kriegsende von Militärgerichten geahndet worden seien.

Insgesamt boten die Protestierer in ihrer Argumentation wenig Neues, es wurden die bekannten Lügen nachgebetet. Dies ist kein Wunder, stützte sich doch das Marburger Bündnis bei ihren Protesten weitgehend auf die vorangegangene Proteste von München und Frankfurt.

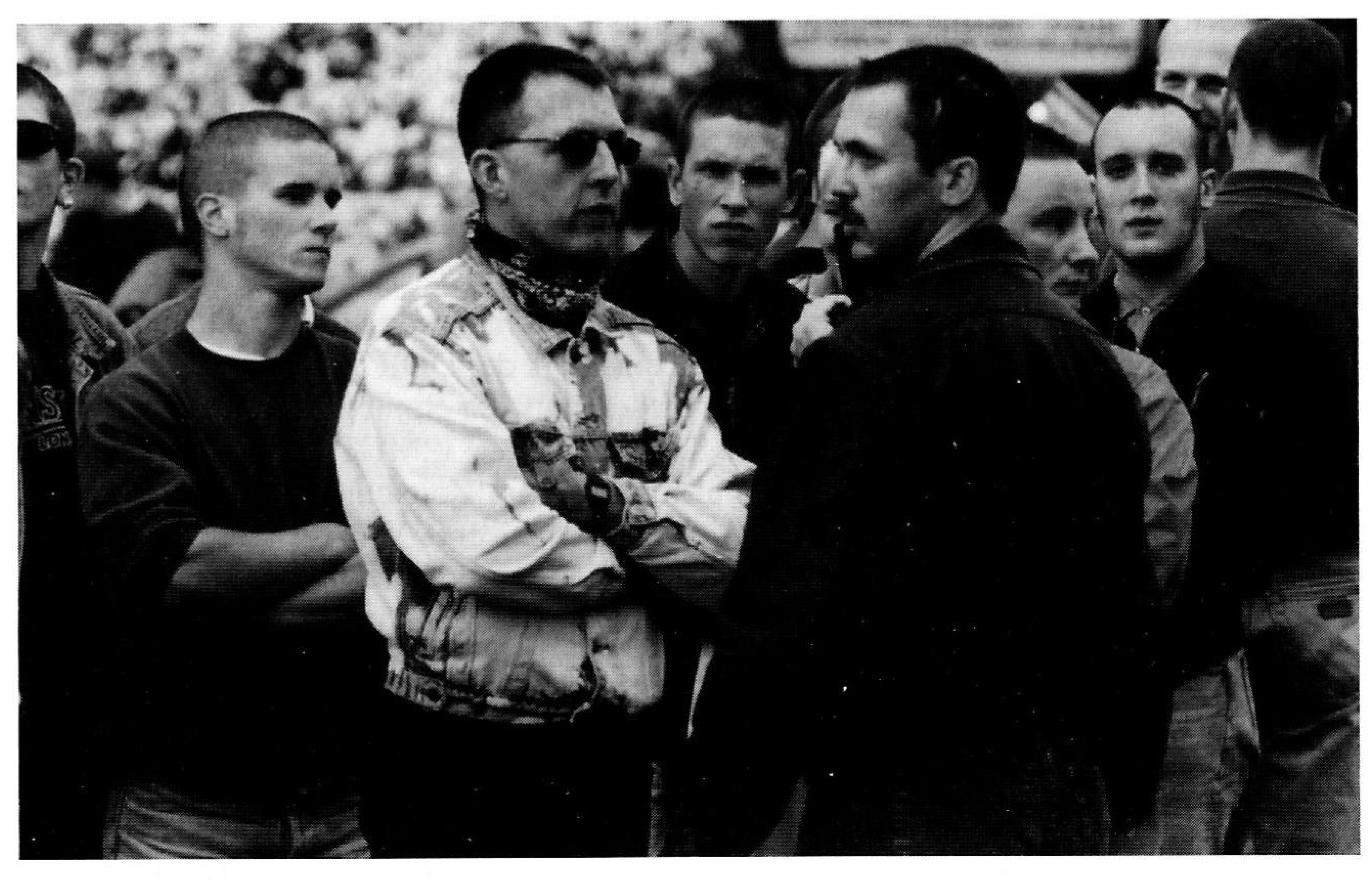
So wurden in dem bereits erwähnten Flugblatt von Zips für eine Veranstaltung mit den Referenten **Alfred Mechtersheimer** und **Reinhard Uhle-Wettler** mit Berichten von der Gegenveranstaltung in Frankfurt geworben. Ein Argumentationspapier von **Dietrich Gerwin** und **Ursula Kessler von Nathusius**, das bereits zu Anfang der Aktivitäten veröffentlicht wurde, offenbart endgültig den geistigen Hintergrund des Fördervereins. Neben zahlreichen Zitaten reaktionärer und revisionistischer Autoren wie **Hellmut Diwald**, schreiben die Autoren, daß sie in der Ausstellung einen „seelischen Vernichtungskrieg” sehen, der überwunden werden müsse, denn: „Den freien Bürgern Deutschlands, die den Zeitgeist überwinden und umdenken können, gehört 'Die Neue Zeit'”. Erwähnt sollte in diesem Zusammenhang lediglich noch ein weiterer Aktivist des „Soldatenverbandes“: **Heinz Drenger**. Für sein zusammen mit **Hein Mayer** von der „Kameradschaft der Stalingrad Spätheimkehrer” geschriebenes Buch „Stimmen gegen die Psychose nationaler Selbstgeißelung” war bereits in anderen Städten geworben worden. Drenger empfiehlt sein Buch als Hilfsargument, „damit unsere Jugend nicht zum Spielball verächtlicher Mächte” würde. Der Unterzeichner der Anzeige der „Initiative 3. Oktober” hatte bereits 1994 in „Nation & Europa” seine Weltsicht preisgegeben. Hier suchte er per Kleinanzeige neonazistische Bücher, die Hitler in einem positiven Bild darstellten und insbesondere den von ihm offensichtlich hochgeschätzten Privatmann Hitler zeigten.

Bei soviel Nähe wundert es kaum, daß die „Fördergemeinschaft“ Seit an Seit mit den Neonazis **Manfred Roeder**, **Roy A. Armstrong-Godenau** und Gefolge gegen die Ausstellung demonstrierte.



Eike Erdel und Hans Hirzel, ehemaliges Mitglied der „Weißen Rose“ - heute REP-Bundesvorstandsmitglied, auf der „Republikaner“-Kundgebung.

Für das erste Wochenende nach der Ausstellungseröffnung hatte auch die „Sauerländer Aktionsfront” (SAF) zu einer Demonstration gegen die Ausstellung mobilisiert. Gerade 70 Teilnehmer folgten ihrem Ruf und beteiligten sich an der Demonstration - die meisten Teilnehmer stammten von der SAF. Wieder einmal zeigte sich, daß die SAF über ein vergleichsweise starke regionale Mobilisierungsfähigkeit verfügt, ihre Führungspersonen **Andree Zimmermann** und **Thomas Kubiak** aber wenig organisatorisches Geschick haben. Deutlich spürbar hat in den letzten Monaten ihre Akzeptanz bundesweit nachgelassen. Hatten sie doch bereits beim diesjährigen Rudolf-Hess-Aufmarsch offenbart, daß sie mit der Planung von Aktivitäten überfordert sind. Außer den regionalen Anhängern beteiligten sich entsprechend nur wenige Kader aus anderen Regionen an der Demonstration. Ein zweiter Versuch verlief noch kläglicher, gerade 30 Neonazis trotteten hinter Zimmermann und Kubiak am folgenden Wochenende her.



Die Neonazis Bernd Stehmann, Bielefeld (mit Sonnenbrille),Thomas Kubiak (mit Schnurrbart), rechts daneben Andree Zimmermann und Jens Hessler, Lingen, vom gleichnamigen Platten- und CD-Versand während der Demonstration der SAF

Samuel Salzborn

Ostdeutsche Allianzen

„Daß Braumann zum Erschrecken nicht weniger ND-Leser für tabubrechende Überraschungen sorgt, machte er jüngst auch mit einem Steffen-Heitmann-Interview deutlich, in dem er Sachsens Justizminister (CDU) über Ost-Prägungen und Enteignungen 1945-1949 befragte."(aus: „MUT" Nr.359, Juli 1997, S.18)

Der, der bei den Lesern der „sozialistischen Tageszeitung" „Neues Deutschland" (ND) mit seinen Beiträgen für Überraschungen sorgt, ist bei ihr als Sachsen-Korrespondent in Dresden beschäftigt.

Unter Erwähnung selbiger Berufsbezeichnung schrieb er Ende August einen Leserbrief an die rechtsradikale Wochenzeitung „Junge Freiheit" (JF), in dem er „als Deutscher von Geburt an" auf Schwächen und Mängel der JF hinweis. Versuchte er noch im ersten Teil des Briefes mit einem eigenwilligen Ironieverständnis einen für die JF durchschnittlich rassistischen Artikel zu kritisieren, so wies er im zweiten Abschnitt die JF-Redaktion und deren geneigte Leserschaft darauf hin, wie sich die JF zu ändern habe, um „in der öffentlichen Debatte ernstgenommen zu werden".

Marcel Braumann, der Sachsen-Korrespondent des ND, würde sich „als Linker einen intellektuell ernstzunehmenden konservativen Beitrag zur regionalen Identitätssuche - wir können das auch Nachdenken über Heimat nennen - wünschen", der sich vom „Euro- und Globalisierungswahn" abheben solle. Außerdem müsse man „ja kein naiver Multikulti-Fan sein", um zu wissen, daß zum „deutschen Volk" nicht nur die „Blond-Blauäugigen" gehören würden. Solange die JF genau das zum Titelthema machen würde, bleibe sie weit davon entfernt, gesellschaftlich geachtet zu werden.

Die Ideologie der „Jungen Freiheit", mit der hier ein kritischer Diskurs aufgezogen werden soll, charakterisierte Helmut Kellershohn treffend als „völkischen Nationalismus", wobei dieser sich wesentlich aus dem Gedanken an die „Untrennbarkeit von Volk, Nation und Staat" zusammensetzt.

Ausgangspunkt der JF ist eine etatistische Orientierung, die auf einer Seite als immanent operierende Demokratiekritik, auf einer weiteren als militärisch-elitäre Patriarchalorientierung und zuletzt als Volkstumsideologie daherkommt. Komplettiert wird diese Ausrichtung durch einen historisch und territorial argumentierenden Revisionismus, der seine Legitimation im antiliberalen Konservatismus findet. Strategisch geht es der JF darum, einen Rahmen zu konstruieren, in dem die rechtspopulistischen Wahlparteien in Diskurs zu den rechten Kräften treten, die auf die Erringung der „kulturellen Hegemonie" setzen.

Auf Nachfrage des Verfassers dieses Beitrages bei der Chefredaktion des „Neuen Deutschland" bezüglich Veröffentlichungsort und Inhalt des Leserbriefes ihres Mitarbeiters, erklärte Reiner Oschmann, daß er zwar einige grundsätzliche Bedenken zur Position der JF teile, die Interpretation aber ablehne und daß er „überrascht und irritiert" gewesen sei über den „staatsanwältlichen Vorladungston", in dem um schriftliche Stellungnahme ersucht worden sei. In dem Schreiben, in dem um schriftliche Stellungnahme ersucht worden war, wurde u.a. auch festgestellt, daß Braumann in seinem Leserbrief an die JF Vokabular verwende und Positionen beziehe, die dem weitzufassenden Begriff der politischen Linken nicht zuzuordnen seien und desweiteren war die Frage nach den Konsequenzen, die das ND aus Braumanns Schreiben zu ziehen gedenke, gestellt worden.

MUT über Marcel Braumann:

„In seinem Meinungsbeitrag entwirft der eigenwillige Grenzgänger eine 'freiheitliche Alternative zu überholten Utopien'."

Bevor sich das „Neue Deutschland" dazu entschlossen hatte, Braumann als Korrespondenten zu beschäftigen - genauer gesagt bis zu seinem Vorstellungsgespräch im Dezember 1991 mit dem damaligen ND-Chefredakteur Wolfgang Spickermann und seinem damaligen Stellvertreter Reiner Oschmann, der, so zitiert ihn Braumann, der Redaktion schonend beibrachte, daß Braumann „westdeutschstämmig" sei - hatte der 1963 geborene seine journalistischen Erfahrungen u.a. bei der Zeitschrift „Super" gesammelt. Glaubt man seinen Angaben über die Motivation dieser Tätigkeit, so habe er wissen wollen, „wie das läuft" und immerhin habe er „keinem geschadet".

Eingekehrt beim ND, stellte Braumann fest, daß es „tatsächlich mal ein 'Volk der DDR' gegeben haben muß". Diesem auf der Spur, ersann der „eigenwillige Grenzgänger" („MUT") einen „Meinungsbeitrag" für die Zeitschrift „MUT", die sich nach neofaschistischer Vorgeschichte inzwischen im Spannungsbereich zwischen bürgerlich-konservativ und extrem rechts bewegt.

In Braumanns Beitrag („Ost-Sehnsucht nach Sozialismus?") weist er zunächst „die deutsche Linke" darauf hin, daß sie „das Privilegien-Paradox in der Asyldebatte seit Jahren auf die bisher unangefochtene Spitze" treibe. Da würden sich „vorwiegend großstädtische Mittelschichtsbürger und deren Nachwuchs" für „eingereiste Angehörige der internationalen Mittelschicht (die wirklich Notleidenden der 'Dritten Welt' haben in der Regel kein Geld für teure Flugtickets und hohe Schleuser-Preise), die in Deutschland das bessere Leben suchen", engagieren. Und auch wenn „mehr als 90 Prozent der Asylbewerber in ihrem Herkunftsland" tatsächlich nicht verfolgt würden, sei dies zwar kein Grund, sie „pauschal abzuwehren", jedoch sollte man sich von der „moralischen Wohlfühlposition" verabschieden und lieber „auch die Bedürfnisse der einheimischen Unterschicht berücksichtigen". Als Alternative für ein „richtiges Menschenbild" sieht Braumann „die Christdemokraten": „Sie berücksichtigen die menschlichen Schwächen, muten den Leuten nicht zuviel zu, verstehen es aber auch, unvermeidbare Härten erträglich zu dosieren". Ohne dabei den wieder zum deutschen Volkstum gelangten im östlichen Teil der Republik - Nazis nennen ihn den mittleren - auf die Füße zu treten, versteht sich.

Daß „Währungsstabilität und niedrige Inflation hohe Güter, die nicht nur Konservative schätzen sollten" sind, ist verständlich, wenn, wie Braumann in Anlehnung an **Samuel P. Huntington** formuliert, „die Kämpfe der Klassen durch Differenzen der Kulturen abgelöst werden". Und weil „zwischen West- und Ostdeutschland eine nur langsam verschwindende kulturelle Grenze" liege und der „ostdeutsche Kulturkreis in all seiner Widersprüchlichkeit zwischen [...] russischer Seele und McDonalds [...]" in den Köpfen seiner Bürger „ein zweiwertiges Denken, das sich nicht auf Links oder Rechts reduzieren läßt", gebieren würde, bedarf es einer sich den heimatlos Fühlenden annehmenden Kraft: der PDS, die „einen kulturellen Auftrag als ostdeutsche Volkspartei" wahrzunehmen habe. Und wie die „ostdeutsche Volkspartei" arbeiten kann, zeigt sich am besten in Sachsen, Braumanns „Wahlheimat seit März 1994", genauer gesagt in Dresden. Dort nämlich residiert **Christine Ostrowski**.

Abgesehen von den „Kleinen Anfragen", die Ostrowski der Staatsregierung Sachsens stellt und die die meisten Abgeordneten sich links nennender Parteien zum Erhalt von Informationen nutzen, in denen Ostrowski aber fragt, was die Staatsregierung unter „Kasperletheater" oder unter „Urwald" verstehe und ihrem netten Pläuschchen mit dem Neonazi **Constantin Meyer**, einem Kader der verbotenen „Nationalen Offensive", ist Ostrowski politisch genug, um auch von der „Sozialistischen Gruppe in der Wiking Jugend - Gau Sachsen", die die Hitlerjugend plagiierte und inzwischen ebenfalls verboten ist, als angemessene Wahl-Kandidatin gepriesen zu werden (so geschehen 1994). Nicht besonders verwunderlich, denn für Ostrowski gibt es Faschisten und Faschismus derzeit eigentlich nicht - „jedenfalls nicht als allgemeine Erscheinung". Dies hatte sie zumindest Ende des vergangenen Jahres festgestellt, als sie erklärt hatte, warum sie gegen eine PDS-Unterstützung des Aufrufes für die antifaschistische Demonstration in Wurzen gewesen ist.

Zur Makulatur hingegen verkommt, daß ND-Chefredakteur Reiner Oschmann es war, der bei der ND-Veranstaltung im Mai 1996 zu Ostrowskis „Brief aus Sachsen" bzw. zur Frage der PDS als „ostdeutsche Volkspartei" den erkannten Mitarbeiter der „Jungen Freiheit" nicht des Saales verweisen wollte.

Carsten Hübner

Demonstration „Gegen rechte Gewalt“ verboten

Zum zweiten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik ist am 11. Oktober im thüringischen Saalfeld eine antifaschistische Demonstration verboten worden, die von einem breiten Bündnis aus Gewerkschaften, Parteien und antifaschistischen Gruppen initiiert und vorbereitet wurde.

Und das in einem Bundesland, welches mit **Richard Dewes** nicht nur einen sozialdemokratischen Innenminister hat, sondern in dem seit Jahren ein steiler Anstieg rechter Straf- und Gewalttaten zu verzeichnen ist und das selbst in den absoluten Zahlen nur noch vom einwohnerInnenstärksten Bundesland Nordrhein-Westfalen übertroffen wird. Komplettiert wird dieser Skandal durch den Sachverhalt, daß das Verbot in einer Region ausgesprochen wurde, die als ein Schwerpunkt rechter Aktivitäten in Thüringen bezeichnet werden muß und in der sich mit der „Anti-Antifa Ostthüringen“ bzw. dem „Thüringer Heimatschutz“ (THS) in den letzten Jahren eine funktionsfähige Struktur im Bereich des militanten Neonazismus relativ unbehelligt herausbilden konnte.

Antifaschistische Mobilisierung und Reaktionen in Saalfeld

Auf Initiative lokaler Gruppen fand sich Anfang August diesen Jahres ein thüringenweites Bündnis aus Gewerkschaften, Parteien und antifaschistischen Gruppen zusammen, um auf die unhaltbare Situation in Saalfeld aufmerksam zu machen und der rechten Bedrohung auch auf der Straße mit einer Demonstration entgegenzutreten. Ziel war es von Anbeginn, eine entschlossene und gewaltlose Veranstaltung durchzuführen, die perspektivisch Möglichkeiten für eine verstärkte antirassistische und antifaschistische Arbeit in der Stadt eröffnen sollte. Auch die weit verbreitete Normalität des Wegsehens sollte zum Thema gemacht werden.

Doch schon kurz nach der ersten Ankündigung des Vorhabens, eine solche Demonstration unter dem Motto „Gegen rechte Gewalt“ durchführen zu wollen, formierte sich in der Stadt breiter Widerstand dagegen, dem nur wenig später eine Anmeldung der NPD für eine Gegendemonstration für den selben Tag und den selben Ort folgte. Und damit hatte sich bereits mehr als zwei Monate vor dem eigentlichen Demo-Termin eine faktische Interessenskoalition gebildet, deren gemeinsamer Nenner im Verhindern der Antifa-Demo bestand und die damit schließlich auch erfolgreich war.

Den Startschuß in der Saalfelder Öffentlichkeit gab dabei das Regionalblatt „Ostthüringer Zeitung“ (OTZ) mit seiner Berichterstattung und Kommentierung. Am 7. August, noch bevor überhaupt eine Anmeldung neonazistischer Kreise vorlag, orakelte ihr Kommentator bereits über die Planungen der „Gegenseite, die dem geplanten Aufmarsch nicht tatenlos zusehen wird“, um folgendermaßen zu enden: „Selbst wenn ein Großaufgebot von Polizei eine Eskalation verhindern würde, das Etikett, das sich eine Stadt mit solchen Auftritten verschaffen kann, klebt auch noch dann, wenn der ‚schwarze Block‘ und die echten Nazis längst wieder abgereist sind. Rudolstadt kann davon ein Lied singen.“

Aber auch „kleine Leute“ hatten die Kommentatoren der OTZ in den folgenden Wochen aufzubieten, um die Demonstration und ihre Zielsetzung zu diskreditieren. So wird etwa am 14.August ein zwanzigjähriges Mitglied des Runden Tisches der Jugend als Zeugin dafür benannt, daß „über das Vorhaben Antifa-Demo scharf nachzudenken“ sei. Schließlich „hat man am Runden Tisch auch mit den sogenannten ‚rechten Jugendlichen‘ zu tun und kam zum Urteil, daß man mit ihnen durchaus reden, sie einbeziehen kann“.

Nicht lumpen ließ sich auch der aus Bayern importierte Polizeichef Saalfelds, **Günther Kick**, der, ebenfalls in der OTZ, dem Oktobertermin bereits Anfang August mit „gemischten Gefühlen“ entgegensah, um dann gänzlich ungemischt festzustellen: „Im Augenblick machen uns die sogenannten Rechten weniger Sorgen“. Diese Aussage hat er dann in den folgenden Wochen nicht nur ständig wiederholt, sondern auch in seinem Sinne konkretisiert, wie die „Thüringer Landeszeitung“ am 10.September nach einem Interview berichten konnte. Hier sprach Kick „von ‘weitgehender Ruhe’ in der Region“ und meinte, „daß das größere Problem die linksextremistischen Straftaten seien“. Mal ganz abgesehen von der inakzeptablen Gleichsetzung von links und rechts, die hier deutlich zutage tritt, scheint der Polizeichef die eigenen Zahlen entweder nicht zu kennen oder nicht kennen zu wollen: Für 1996 weist die Saalfelder Statistik immerhin 231 rechte und dem gegenüber ganze 9 linke Straftaten aus.

Aber auch der Saalfelder CDU-Bürgermeister **Beetz** durfte im Reigen der Demo-GegnerInnen nicht fehlen. Hielt er sich zunächst noch vornehm zurück und ließ OTZ und Polizeichef für sich sprechen, folgte am 10.September der große Schlag. Auf einer eiligst einberufenen Sonderstadtratssitzung wurde ein „Offener Brief“ präsentiert, in dem die „Aufrufer zur Demonstration“ unmißverständlich aufgefordert wurden, „die für den 11.Oktober geplante Demonstration abzusagen, um noch größeren Schaden von der Stadt Saalfeld und der Öffentlichkeit abzuwenden.“ Gemeint war damit aber nicht etwa die NPD, die inzwischen ihre Gegendemonstration angemeldet hatte und dabei offiziell von militanten Neonazistruktu-

Querelen bei den „Jungen Nationaldemokraten“

Mit der neuesten Ausgabe von der den „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) nahestehenden Zeitschrift „Einheit und Kampf“ (EuK) wurde ein Schreiben von **Markus Privenau** (Bremen) und **Tanja Bayen** (Burgdorf/Landkreis Hannover) verschickt: „Die vorliegende Nummer 19 von EuK ist die letzte Ausgabe, für die Markus Privenau als Mitherausgeber und Chefredakteur verantwortlich zeichnen wird. Er legt mit sofortiger Wirkung seine Posten als Chefredakteur, Verantwortlicher im Sinne des Pressegesetzes und Geschäftsführer des Aufruhr-Verlages GbR nieder.“ Die beiden Unterzeichner des Schreibens wurden unmittelbar zuvor ihrer Ämter innerhalb der JN entbunden bzw. war ihre Absetzung beschlossene Sache. Die zweifache Mutter Tanja Bayen wurde ihres Amtes als „Mädelbeauftragte für Niedersachsen und Norddeutschland enthoben, obwohl ihr dieses Amt erst wenige Wochen zuvor verliehen worden war. Auch der Druck des von ihr bereits erstellten und dem JN-Bundesvorstand als Entwurf vorliegende ‘JN-Mädelbrief’ wurde ihr verwehrt, obwohl ihr dafür der Bundesvorsitzende **Holger Apfel** den Auftrag erteilt hatte.“ Als Ursache für die personellen Maßnahmen nennen Privenau und Bayen („Frauen müssen von Frauen geführt werden!“) die Abweichung von der „JN-Linie“, deren Existenz im übrigen von den Geschaßten grundsätzlich bezweifelt wird. „Ein absurder Vorwurf, denn es gibt bis heute weder so etwas wie eine ‘JN-Linie’ noch liegt ein Konzept für EuK vor.“ Tatsächlich scheint es um die Frage zu gehen, ob, und wenn ja, welche Abgrenzung der rund 200 Mitglieder starken NPD-Jugendorganisation gegenüber militanten Neonazis gelten soll.

Zum Abschluß verweisen Privenau und Bayen in ihrem Schreiben auf ein Wort des derzeitigen NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt, das dieser im Rahmen des JN-Bundeskongresses im Mai 1997 an die Anwesenden richtete: „Es wird keine zweite Entnazifizierung innerhalb der NPD geben.“



Tanja Bayen (links) bei dem JN-Aufmarsch am 1. Mai 1997 in Hannoversch-Münden. Foto: transparent

Justin Taylor

„Gästewochen" der Deutschen Kulturgemeinschaft

Jährlicher Treffpunkt der Elite der deutschsprachigen Naziszene

Vom 30.August bis zum 5.September 1997 führte die „Deutsche Kulturgemeinschaft (DKG)" in Altenberg ihre 21.Gästewoche durch. Der Altenberger Bürgermeister Thomas Kirsten erinnerte fatal an Anton Pausch, den Bürgermeister von Wurzen - auch er wollte und will nichts von den Nazi-Aktivitäten in seiner Stadt wissen. Somit konnte die DKG ungestört ihre Tagung beginnen.

„Die DKG ist mit ihrem Ableger 'Berliner Kulturgemeinschaft Preußen' (BKP) eine der bedeutendsten neofaschistischen Organisationen in der Bundesrepublik. Sie sorgt für die Ausbildung und Schulung der jungen Kader; ihre Tagungen dienen nicht nur als organisationsübergreifende Treffpunkte, auf denen Absprachen in Strategie und Taktik getroffen werden, sondern führen auch den neofaschistischen Nachwuchs mit den alten Funktionären zusammen, die hier ihr Wissen und ihre Erfahrungen vermitteln." („Handbuch Deutscher Rechtsextremismus")



Stefan Giemsa

Seit jeher galt die DKG als Hort neuer Ideen für die deutsche und österreichische Naziszene. Beispielsweise kann dafür das Jahr 1991 genannt werden, als sich die DKG in Pichl/Südtirol zu ihrer 15.Gästewoche traf. In jenem Jahr wollte die österreichische Polizei **Jens Lindlar** (damals führender Aktivist der inzwischen verbotenen „Nationalistischen Front" (NF)) festnehmen. Der entzog sich jedoch seiner Festnahme, flüchtete - und vergaß dabei einige wichtige Papiere. Diese Papiere waren für die Naziszene von großer Bedeutung, beinhalteten sie doch Konzepte für die Gründung eines „Nationalen Einsatzkommandos" (NEK). Dieses NEK sollte der „Sicherung von Großveranstaltungen" und der „Planung und Durchführung von überraschend durchgeführten Aktivitäten" dienen. Die Planungen für dieses NEK brachten **Meinolf Schönborn** (ex-Vorsitzender der NF) ein Ermittlungsverfahren nach §129a ein, welches 1993 aber wieder eingestellt wurde. Diese „vergessenen" Papiere sollten vermutlich mit Teilnehmern der DKG-Gästewoche diskutiert werden.

Spätestens seit 1991 darf bzw. kann die DKG ihre Gästewoche nicht mehr in Österreich bzw. Südtirol/Italien abhalten. Deshalb verlegte sie ihre Treffen ab 1992 nach Deutschland. 1992 fand es irgendwo in Süddeutschland und ein Jahr später in Naumburg statt. Seit 1994 trifft sich die DKG jährlich in Altenberg, 30 km südlich von Dresden. Zufällig gewählt ist Altenberg nicht. Altenberg ist ein kleines Dorf in einer Gegend, in der antifaschistischer Widerstand kaum zu erwarten ist.

Zur Organisation eines Treffens dieser Größenordnung benötigt es lokaler Unterstützung. Wichtigster Helfer vor Ort ist der Gastwirt **Stefan Giemsa**. Giemsa war bis Sommer 1997 Vorsitzender des seit 1991 agierenden NPD-Kreisverbandes „Sächsische Schweiz". Tagungsort der DKG-Gästewochen ist immer der „Knappensaal" in der Dresdener Straße. Für einen geschäftstüchtigen Nazi wie Giemsa ist so eine Gästewoche recht rentabel - nicht zuletzt, weil seine Gaststätte für eine Woche gut ausgelastet sein dürfte.

Der NPD-Kreisverband „Sächsische Schweiz" ist der wichtigste Motor für Nazi-Aktivitäten in Ostsachsen, der Sächsischen Schweiz und dem Osterzgebirge. Seine Kontinuität ist maßgebend für andere Naziprojekte im genannten Raum. So wechselten einige ehemalige Mitglieder der „Wiking Jugend" (WJ) zur NPD, wie z.B. **Thomas Sattelberg** (Königstein), der heute im Vorstand des NPD-Kreisverbandes „Sächsische Schweiz" sitzt. Das Kontakttelefon des Kreisverbandes gehört **Uwe Leichsenring** aus Königstein, ebenfalls Mitglied im Vorstand und ehemaliger stellvertretender Vorsitzender der NPD Sachsen. 1995 organisierte der NPD-Kreisverband „Sächsische Schweiz" zwei Veranstaltungen mit dem damaligen NPD-Bundesvorsitzenden **Günter Deckert** in Pfaffendorf und Pirna, und es war eben jener NPD-Kreisverband, der schon Ende 1995 überparteiliche Treffen von NPD, „Republikanern" und DVU in Ostsachsen initiierte. Im Sommer 1996 war Stefan Giemsa, der laut Presseberichten 1995 zur Rudolf-Hess-Aktionswoche in Vorbeugegewahrsam genommen wurde, in Görlitz tätig und half dort mit, den regionalen NPD-Kreisverband Görlitz/Zittau ins Leben zu rufen. Auch organisierte er Geld für die Görlitzer „Kameraden", damit in Görlitz ein Haus gekauft werden konnte.

Für Giemsa haben diese Nazitreffen auch einen wirtschaftlichen Hintergrund. Er stellt den Nazis von außerhalb seine Räumlichkeiten und regionalen Kontakte zur Verfügung, damit diese ungestört ihre Tagungen durchführen können. 1995, als sich im Juli der „Freundeskreis Ulrich von Hutten" in Altenberg treffen wollte, organisierte er ohne größere Probleme einen Ausweichort in Bad Schandau, da antifaschistische Proteste das Treffen in Altenberg öffentlich machten. In Bad Schandau wohnte Giemsa bis zum Sommer 1995, bevor er nach Altenberg umzog.

Im Oktober 1995 trafen sich in Altenberg Alt- und Jungnazis zur 19.Gästewoche der DKG. Anhand der Gästeliste kann gesagt werden, daß sehr viele Kader inzwischen verbotener Organisationen und eine beachtliche Zahl wichtiger Altnazis vor Ort waren. Angereist waren die 125 Teilnehmer aus Österreich und der Bundesrepublik. Organisiert wurde der Saalschutz von **Axel Schunk** (ex-WJ). Saalschützer waren u.a. **Helmut Schatzmayr** (ex-NF und ex-WJ), **Sascha Stein** (ex-WJ), **Holger Steinbiß** (ex-NF) und **Christian Nörenberg** (ex-NF).

In der Vergangenheit wollten bzw. nahmen auch Nazis aus dem Raum Dresden an den DKG-Treffen teil. Angemeldet für die (verhinderte) 16.Gästewoche 1992 in Sulden/Südtirol waren **Frank Kaden** (ex-Gauleiter der „Wiking-Jugend", Dresden), **Hans-Holger Malcomeß** (ex-WJ, heute DSU und Mitinitiator der „Dresdner Freitagsgespräche", Dresden) und **Gunnar Streit** (Dresden). 1995, bei der 19.Gästewoche in Altenberg, hatten u.a. **Eric Kaden** (ex-WJ, Dresden), **Sebastian Räbiger** und **Sigrun Schunk** (beide Radebeul) „Jugendfreiplätze". Räbiger und Schunk waren auch in die Organisation vor Ort eingebunden: Räbiger als „Führer vom Dienst" und Schunk als Mitarbeiterin im weiteren Sinne.



Tagungsort für die „Deutsche Kulturgemeinschaft (DKG)" in Altenberg

Letztlich kann gesagt werden, daß Altenberg einen guten Unterschlupf für deutsche und ausländische Nazis, die sich sonst nirgendwo mehr treffen können oder dürfen, bietet. Der Bürgermeister von Altenberg, **Thomas Kirsten**, trägt maßgeblichen Anteil am guten Gelingen der 21.Gästewoche. Er distanzierte sich nicht im Namen seiner Stadt von solchen braunen Auswüchsen und akzeptierte die DKG somit in seinen Straßen, vermutlich als touristische Geldquelle.

Justus Wertmüller

Herr Heitmeyer und der Fundamentalismus

"Weil sie in Deutschland nicht heimisch werden können, suchen türkische Jugendliche Trost im Koran und Geborgenheit im Islam. Wie anfällig sind sie dadurch für Fundamentalismus und radikale politische Ideologien?" Das ist der unheilverkündende Waschzettel des Buches "Verlokkender Fundamentalismus", das der Bielefelder Soziologe Wilhelm Heitmeyer mit zwei Mitarbeitern dieses Frühjahr herausgegeben hat.

Die mit 1200 türkischen Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren durchgeführte Studie fragt nach deren Verhältnis zu Religion, Tradition und sogenannten westlichen Werten. Sie interessiert sich also für Tendenzen zur Desintegration und daran anknüpfend natürlich für Gewaltbereitschaft und undemokratisches Denken. Nun sollten sich Linksradikale vor Demokraten und ihrer Gewaltfreiheit gewiß sehr in acht nehmen. Dennoch hat **Wilhelm Heitmeyer** erst einmal recht, wenn er feststellt: "Die politische Öffentlichkeit verfängt sich ebenfalls in einem bemerkenswerten Schematismus: der linksliberalen Verharmlosung des Problems der Ausbreitung von islamischem Fundamentalismus in den muslimischen Minderheiten steht eine rechtskonservative Dramatisierung gegenüber." Und daß er ein typisch sozialdemokratischer Integrator ist und vordergründig kein Hetzer, belegt der nachfolgende Satz: "Den ersteren können die Ausmaße nicht passen, den letzteren in der Regel nicht dessen Ursachen, nämlich die Sozialisationsbedingungen jener 'einheimischen Jugendlichen mit türkischem Paß' in der Bundesrepublik."

Was Heitmeyer und Mitarbeiter empirisch nachweisen, überrascht eigentlich nicht wirklich. Die aus der Türkei stammende Minderheit in der BRD macht verstärkt in Community und geht auf Distanz zu dem, was sie für die Mehrheitskultur hält. Die türkische Gesellschaft islamisiert sich auch für Außenstehende sichtbar. Der fromme Backenbart und das weiße Käppchen als Nachweis abgeleisteter Hadsch (Pilgerfahrt nach Mekka; Anm.d.V.) bei den Männern und der enorme Zuwachs verschleierter Frauen und immer kleinerer Mädchen, sind Ausdruck einer bedrückenden Entwicklung. Zahlreiche Moscheegründungen und damit einhergehend Koranschulen stoßen auf breite Akzeptanz. Was man dort lernen kann, schlägt sich in der reaktionären Hinwendung von zwei Dritteln der Befragten zum einfachen und gerechten Leben nieder. Schlechte Aussichten nicht nur für Frauen und Mädchen, sondern auch für jeden, der sich dem Identitätsdruck der Community entziehen will. So kann es auch nicht erstaunen, daß radikalislamische Vereinigungen wie die der "Refah-Partei" nahestehende "Milli Görüs" ("Nationaler Blick"), bei mehr als einem Drittel der Befragten gut bis sehr gut abschneiden und nur ein Drittel sich klar dagegen ausspricht. Genauso beliebt wie "Milli Görüs" ist die "Nationalistische Volkspartei" MHP des kürzlich verstorbenen **Alparslan Türkes** und ihre Unterorganisation, die "Grauen Wölfe", die den Islamismus einfach in ihr faschistisches Programm integriert haben. Eine



Weitere „Marginalisierung der türkischen Bevölkerungsgruppe" durch den Spiegel?

Ideologiefusion, die nicht nur auf ihren Meetings, wo neuerdings kaum mehr unverschleierte Frauen anzutreffen sind, sichtbar wird. Es verstärkt sich auch die praktische Koalition mit Radikalislamisten, wenn es um Angriffe auf alles, was linksliberal oder wirklich links ist, geht.

Problematisch wird Heitmeyers Buch dort, wo von Gewalt und Identität geredet wird. Schon auf der empirischen Ebene ist es ihm nicht gelungen, Gewaltbereitschaft gegen die westlichen Werte oder ihre Träger nachzuweisen. Statt dessen lassen die Antworten der Befragten eher auf Autoaggression in die eignen Community hinein schließen; als Resultat eines Rückzugs aus der deutschen Gesellschaft (in der sie tatsächlich sowieso nie akzeptiert waren). Ein Rückzug übrigens, der durchaus mit Namen wie Solingen in Verbindung steht, was in der Studie nur als Marginalie vorkommt.

Identitätsprobleme sind Heitmeyers eigentliches Steckenpferd. In Antifakreisen dürfte noch seine Erklärungen zu den Erfolgen der "Republikaner" und anderer rechtsradikaler Wahlparteien Ende der 80er Jahre besonders in traditionell sozialdemokratischen Wählerkreisen in Erinnerung sein. Die traditionellen sozialen Milieus mit ihren Wertvorstellungen und Bindungen erodierten, bemerkte der Soziologe zunächst völlig richtig. Daher komme es zu einer erheblichen Orientierungslosigkeit, die, gekoppelt mit erheblicher sozialer Desintegration (auch Massenarbeitslosigkeit genannt) eine starke Affinität für die "Bauernfängertricks" der Rechten erzeuge. Als Rettungsmittel schlug Heitmeyer damals vor, daß an Stelle der alten Milieus neue treten müßten, die im Stadtteil bis hinunter in die Familie neue Identität stiften sollten. Was er damit meinte, war damals wohl weder ihm noch seinen Nachbetern so richtig klar. Seit aber **Sybille Tönnies**, die übrigens einer mit Heitmeyer vergleichbaren linken Akademikertradition entstammt, am 12.7.1996 in der "Zeit" die Desorientierten als in den Parks herumgammelnde, dosenbiertrinkende Nichtsnutze erkannte und ihnen den Reichsarbeitsdienst auf die Pelle wünschte, ist klar, wohin die Reise geht. Bedrohlicher noch wird der autoritäre Ruf nach Identität für diejenigen, denen schlimmeres als der Zwangsdienst droht, wenn praktische Heitmeyerei sich ihrer annimmt.

"Lange Zeit hat es in der Bundesrepublik keine angemessene und kontinuierliche öffentliche und politische Auseinandersetzung zu fremdenfeindlichen und rechtsextremistischen Entwicklungen gegeben. Nun deutet sich an, daß - abgeschirmt durch eben diese Ereignisse - Entwicklungen in Teilen der türkischen Bevölkerungsgruppe nur mangelhaft öffentlich thematisiert werden." Ein vordergründig harmloser Satz, der jedoch schlimmes birgt. Wenn die "Abschirmung" ein Ende hat und türkische "Sonderentwicklungen" öffentlich thematisiert und damit zum Ärgernis werden - wie es sich in der Ausländerkriminalitätsdebatte längst abzeichnet - kann ein derartiger "Diskurs" die weitere Marginalisierung durch die zu neuer Identität und damit Rassereinheit drängende deutsche Mehrheitsbevölkerung und ihre Behörden bedeuten. Wer z.B. Ostberliner Normalbürger zwischen 15 und 75 mit Präferenzen für PDS oder CDU, SPD oder DVU nach ihrer Meinung über den Westberliner Stadtteil Kreuzberg befragt, bekommt die (noch) verhaltene Lust zum Pogrom, die sich im Osten nur schneller ausbreitet und freimütiger äußert, zu spüren. Nach "Istanbul" wie Kreuzberg bei denen in gar nicht freundlicher Absicht geheißen wird, setzt man freiwillig nicht nur keinen Schritt. Die dort lebenden Deutschen werden fürsorglich schon mal verwarnt, ihre (soweit vorhandene) Solidarität mit den türkischen Mitbürgern nicht auf die Spitze zu treiben, ansonsten könnte man keinen Unterschied mehr zwischen ihnen und ihren Protegés machen.

Gleichwohl bleibt das empirische Material in Heitmeyers Buch richtig. Zwar muß grundsätzlich gelten: Auch radikale und antinationale deutsche Linke haben ihre türkischen Mitbürger nicht zu schulmeistern. Doch das heißt auch: Statt sich immer nur gedankenlos in wohlfeiler Solidarität mit den türkischen und kurdischen Genossen zu üben, wäre ein Schritt zu wirklicher Solidarität die Kritik an deren zumeist verheerender Politik. Denn die feiern das Fest der Ethnisierung heute noch brav mit - im Namen des echten, widerständigen Volkes und zum Wohlgefallen ihrer deutschen Genossen. In Volkstanzabenden und anderen Traditionsveranstaltungen haben Leninisten den Keim zur Wiederentdeckung der authentischen türkischen, kurdischen, alevitischen etc. Kultur gelegt und sind so mitverantwortlich für die von Heitmeyer abgefragten ideologischen Folgen.

Justus Wertmüller ist Redakteur der Zeitschrift "Bahamas"

Sönke Braasch

Die Skinhead-Szene als Marktlücke

Rechte Subkultur und Geschäfte mit Musik und Magazinen

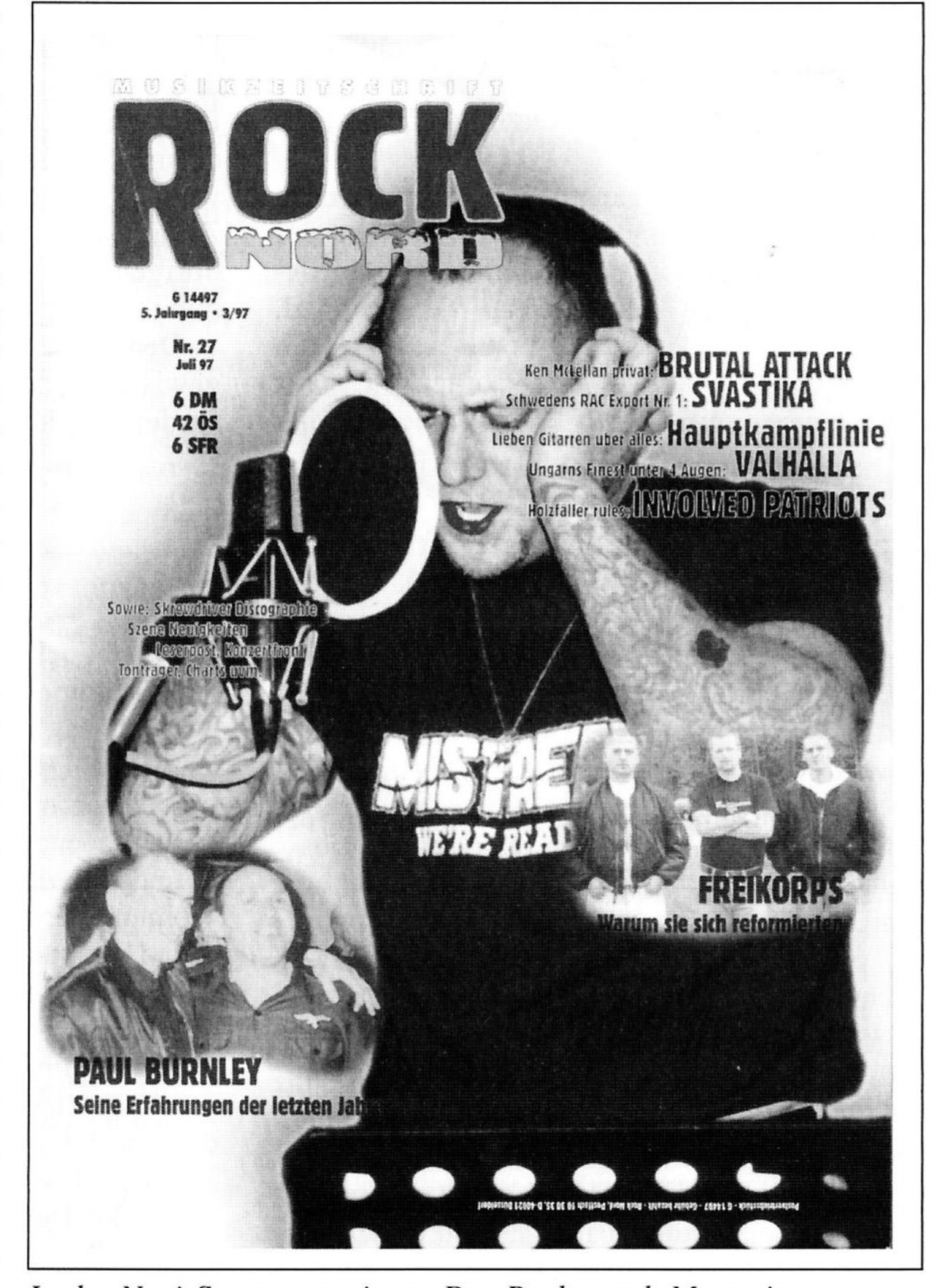
Die Ursprünge der Skinhead-Bewegung reichen in das Großbritannien der 60er Jahre zurück. Dort entstanden als proletarische Gegenbewegung zu den eher aus bürgerlichen Schichten stammenden Hippies und Mods die Skins. In der zweiten Hälfte der 70er Jahre lud sich die Skinhead-Bewegung mit nationalistischem, ausländerfeindlichem und rassistischem Gedankengut auf.

Einen regelrechten Boom erlebte die Skinhead-Szene der Bundesrepublik Deutschland nach dem Fall der Mauer im Jahre 1989. Gegenwärtig zählen die meisten der mehreren tausend Skins zu den gewaltbereiten Rechtsextremisten. Zu den wichtigsten Medien der Szene gehören Musik und sogenannte „Skinzines“. Vor allem der Markt mit der ultrarechten Musik boomt. Zumeist sind es Bands aus dem Inland, die in der rechtsextremen Szene der Bundesrepublik Deutschland gehört werden. Aber auch US-amerikanische, skandinavische und andere europäische Musikgruppen verkaufen hier ihre Tonträger. Viele dieser Skinhead-Bands sind in einem der Skin-Netzwerke wie „Blood & Honour“ oder „Hammerskins“ organisiert. In der Bundesrepublik existieren mehrere dutzend Bands, die sich über die gesamte Republik verteilen. Die Namen lassen in der Regel keinerlei Zweifel an der politischen Weltanschauung der Musiker. Sie reichen von „Auf eigene Gefahr“ aus Chemnitz bis zu den „Zillertaler Türkenjägern“. Sehr häufig sind es Anleihen, Spielarten und Verfremdungen aus dem militärischen Bereich bzw. der NS-Zeit, wie „Hauptkampflinie“ aus Kassel, „Stuka“ aus Bottrop und „Bomber“ aus dem sächsischen Meerane (Kreis Glauchau), „Spreegeschwader“ und „Landser“ aus Berlin.

Nur wenige der rechten Musiker stehen außerhalb der Skinhead-Szene. Rechte Barden wie **Frank Rennicke**, **Ingo Halberstadt** alias **Rene Heizer** und **Jörg Hähnel** gehören den „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) an oder stehen der NPD-Nachwuchsorganisation nahe, so wie auch im Bereich von Versand und Vertrieb JN-Aktivisten rege tätig sind. Der 21jährige Hähnel war zwischenzeitlich Landesvorsitzender Berlin-Brandenburg der „Jungen Nationaldemokraten“ und ist aktueller Beisitzer im JN-Bundesvorstand. Der 48jährige Heizer kann getrost als Fossil der rechtsextremen Musik-Szene gelten. Vor zwei Jahrzehnten wirkte er bereits bei den „Jungen Nationaldemokraten“, wo er es zum stellvertretenden Landesvorsitzenden Nordrhein-Westfalen brachte. Im JN-Bundesvorstand der 70er Jahre war er „Leiter der Unterabteilung Lieder und Platten“. Damals gehörte er zu den ersten und im übrigen noch seltenen eindeutig rechtsextremen Musikern. Eine der Pioniergruppen waren „Ragnaröck“ aus Markgröningen (Kreis Ludwigsburg). Im Sommer dieses Jahres trat der wieder aktive Heizer bei einer Sonnenwendfeier der „Deutschen Volksunion“ auf. Den „ultrarechten Liedermacher“ **Friedrich Baunack** hat es von den „Republikanern“ zu **Mechtersheimers** „Deutschland-Bewegung“ verschlagen. Hier fungiert er als „Regionalbeauftragter Hessen Nord“. Der ehemalige selbständige Montageschweißer Baunack wurde in der rechtsextremen Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF) der Leserschaft schon vor Jahren nähergebracht. Bis heute inseriert der in Nordhessen lebende Deutschtümler für seine „Lichtscheibe“ - gemeinhin als CD bekannt - „Weite Fahrt“ in der JF.

Die Lebensdauer der Musikgruppen ist recht unterschiedlich. Viele beginnen als rechtsradikale Schülerband und lösen sich nach kurzer Zeit wieder auf. Andere schaffen es, eine CD mit Eigenkompositionen oder auch Coverversionen aufzunehmen. Der kommerzielle Erfolg entscheidet nicht selten über das Fortbestehen der Band. Die Stückzahlen der CDs reichen von einigen hundert Exemplaren bis zu vielen tausend. Zusätzliche Verbreitung finden die braunen Songs durch das eigenständige Kopieren der rechten Konsumenten. Als älteste bestehende Band können die „Böhsen Onkelz“ gelten, deren Gründung im Jahr 1979 datiert. Allerdings wechselten die „Onkelz“ 1987 mit großem kommerziellen Erfolg ins Heavy-Metal-Lager und spielen seither Lieder ohne rechtsextremistische Texte. Bisweilen sind die Strophen jedoch von einer Mehrdeutigkeit, die die „Onkelz“ in Teilen der rechten Szene nicht als völlige „Verräter“ erscheinen läßt. Neonazistischen Kadern gelten die „Böhsen Onkelz“ jedoch als „verzeckt“.

Ende der 80er Jahre verstärkten sich die Gründungen von Gruppen. Ein Teil dieser frühen Bands existiert noch heute, teilweise jedoch inzwischen außerhalb des rechtsextremen Milieus. Den ersten richtigen Boom gab es dann im Gefolge der deutschen Vereinigung im Jahre 1990. Bis dahin fanden rechte Musikgruppen kaum öffentliche Beachtung und keinen Eingang in den Verfassungsschutzbericht. Mit der zunehmenden Rezeption rechtsextremer und ausländerfeindlicher bzw. rassistischer Inhalte erstarkte auch die subkulturelle braune Musik-Szene. Zahlreiche Konzerte, vor allem im neuen Osten Deutschlands, wurden organisiert. Die Nachfrage nach Kapellen rechter Provenienz war entsprechend groß. Begleitend dazu wurden Demotapes und Tonträger - zunächst noch Schallplatten, später zunehmend CDs - produziert. Die Texte des neuen Volksempfängers überschritten häufig die Bestimmungen des Strafgesetzbuches. Die Konsequenz waren eine Reihe von Gerichtsverfahren gegen die „wilden Braunen“ wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. „Kraftschlag“, „Radikahl“ und „Tonstörung“ waren nur die prominentesten rechtsextremen Skinhead-Bands vor Justitia.



In der Nazi-Szene umstritten: Das Rechtsrock-Magazin „Rock Nord“.

1992 berichtete der Verfassungsschutzbericht des Bundes erstmalig über „Skinhead-Songs“ und „Skinhead-Konzerte“. Daneben wurden seit 1991 rund 130 Musikproduktion indiziert. Doch stellen Indizierungen durch die „Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften“ in Berlin eine stumpfe Waffe im Kampf gegen den rechten Ungeist dar. Sie erfolgen erst mit einer erheblichen zeitlichen Verzögerung nach der Veröffentlichung der Tonträger. Der Verkauf ist bis dahin häufig schon abgeschlossen. Zudem muß eine gewisse Werbewirksamkeit zugunsten der Bands durch solche exekutive Maßnahmen befürchtet werden. Heute weiß die Szene, wie weit sie bei ihren

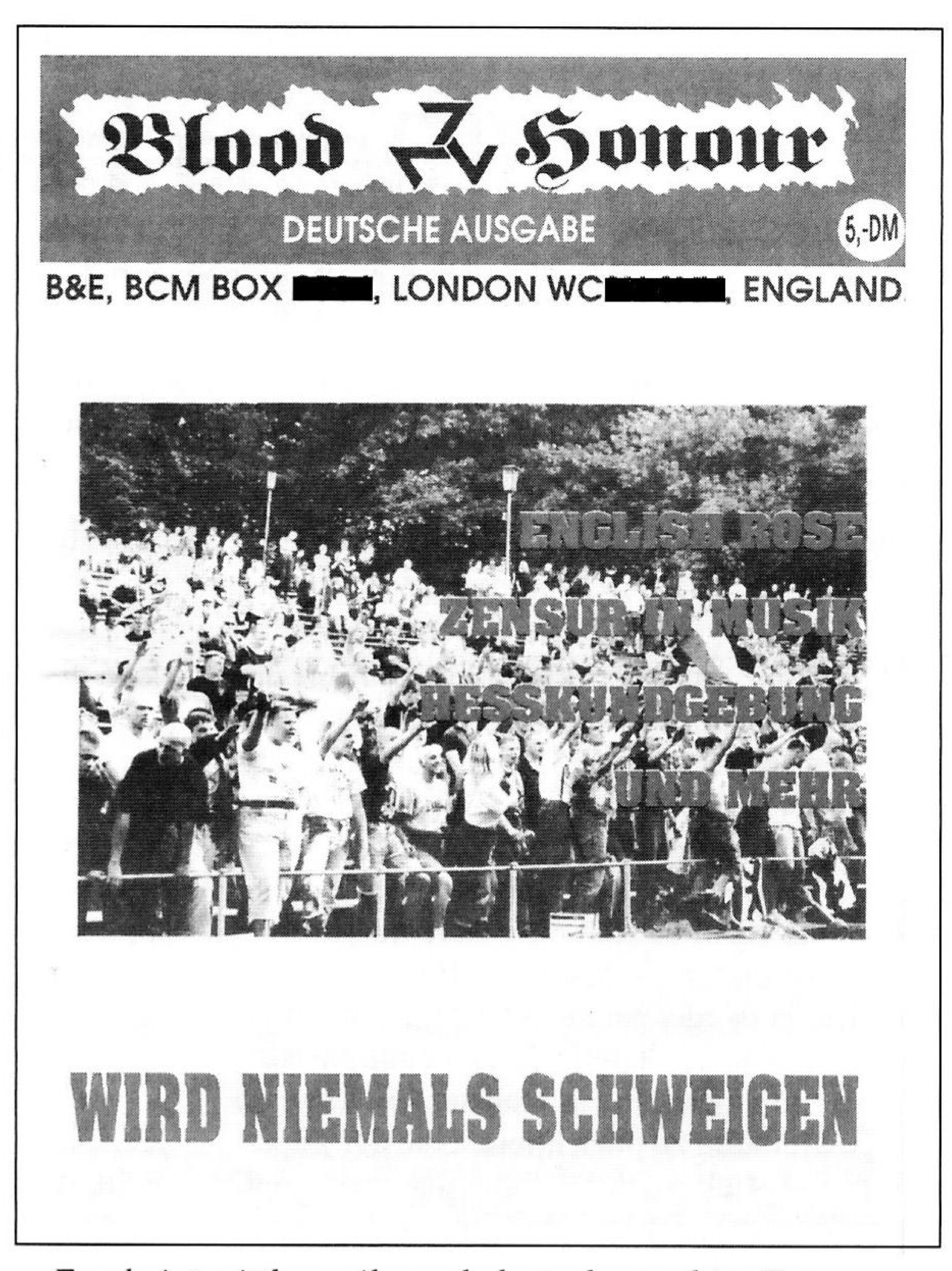
Texten formaljuristisch gehen kann. Ersatzweise werden die Tonträger unter klandestinen Umständen vertrieben. Die Produktion findet im Ausland - Tschechien, Skandinavien oder USA - statt. Die Vertriebswege sind schwer nachvollziehbar, da es oft keine Kontakt- oder Bestelladressen gibt.

Der Absatz der braunen Silberlinge erfolgt direkt, zumeist bei Konzerten oder anderen Veranstaltungen der Szene. Die Zahl der Konzerte hat sich nach offizieller Angabe zwischen 1995 und 1996 auf rund 70 Konzerte mehr als verdoppelt. Die Zunahme von Konzertveranstaltungen im vergangenen Jahr ist auch auf das erweiterte Wissen der Szene zurückzuführen. Die Anmietung von Räumlichkeiten erfolgt häufig unter Angabe von Scheinveranstaltungen wie Verlobungs- oder Geburtstagsfeiern, Hochzeiten oder geschlossener Vereinsveranstaltungen. Die Mobilisierung zu den Konzerten geschieht relativ kurzfristig und mündlich für die Wochenendtermine. Weder Plakate, Flugzettel noch Hinweise der verschiedenen „Nationalen Infotelefone“ verraten im Vorfeld eine solche Veranstaltung. Hinterher finden sich dann buntschillernde Berichte in den zahlreichen „Skinzines“. Die Anreise wird über Umwege und Kontrollposten organisiert. Ziel ist es, sowohl Polizei wie auch den „politischen Gegner“ abzuschütteln. Als Krösus bei Konzertveranstaltungen kann im Westen der langjährige Kader der verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP), **Thorsten Heise**, gelten. Im Oktober 1995 besuchten rund 1.000 Personen eine Großveranstaltung Heises in Northeim.

Zahlreiche Bands gehören einem der Skinhead-Netzwerke an. Doch gibt es auch Skin-Bands, die nachdrücklichen als unpolitisch gelten wollen. Diese sogenannten „Oi!“-Bands stellen jedoch eine Minderheit unter der Gesamtheit der musikalischen Skin-Szene dar.

Die rechtsextreme Skinhead-Bewegung „Blood & Honour“ entstand in den 80er Jahren in Großbritannien. Als Gründer gilt **Ian Stuart Donaldson**, infolge eines Autounfalls verstorbener Kopf der Band „Skrewdriver“. Nach internen Querelen hat sich „Blood & Honour“ in zwei Gruppen gespalten. Die eine besteht, so die britische antifaschistische Zeitschrift „Searchlight“, um die Bands „English Rose“ und „Celtic Warrior“. Im Zentrum der anderen Gruppe stehen **Chris Hipkin** und **„Stigger“**, der letzte Gitarrist von „Skrewdriver“. Die Spaltung erreichte mit zeitlicher Verzögerung inzwischen auch die Bundesrepublik. Die Band „Skrewdriver“ hat auch nach dem Tod ihres Gründers, Sängers und Kopfes Ian Stuart Donaldson im Jahre 1993 immer noch absoluten Kultcharakter.

Nach dem Unfalltod Ian Stuart Donaldsons, er war auch Leiter des „Blood & Honour“-Musikvertriebes, übernahm die britische „Anti-Antifa-Organisation“ „Combat 18“ den lukrativen Vertrieb unter dem Namen ISD, den Initialen des Verstorbenen. Die Rivalitäten zwischen diesen und anderen Gruppen haben auch ökonomische Gründe, sind weitreichend, werden mitunter handgreiflich ausgetragen und führen zu einer Blockade der Skinhead-Bewegung. Mittlerweile sind Bestrebungen im Gange, zu einem Modus vivendi zu gelangen. Nach Angabe von „Searchlight“ gab es jüngst ein Treffen in Berlin, um den Konflikt zu entschärfen.



Erscheint mittlerweile auch deutschsprachig: Das britische Blood-and-Honour-Magazin

Eine weitere organisierte Strömung der Skinheads kommt aus den USA und hört auf den Namen „Hammerskins“. Diese Bewegung wurde 1986 von **Wollin Lange** und **Sean Tarret** in Dallas/Texas gegründet. Ursprüngliches Ziel war es, „die gesamte weiße Skinhead-Bewegung Amerikas zu vereinen“. Die „Hammerskins“ sind inzwischen in „Divisionen“ und „nationale Sektionen“ eingeteilt. Neben Nordamerika und Australien finden sich die „Hammerskins“ auch in Europa wieder. Die „German Hammerskins“ sind vor allem in Ostdeutschland (Berlin, Brandenburg, Sachsen), aber auch in Baden-Württemberg aktiv. Logistische Unterstützung erfahren die ostdeutschen „Hammerskins“ durch die neonazistische Organisation „Die Nationalen e.V.“. **Kai Stüwe**, Sänger und Chef von „Freikorps“ aus Reinfeld (Kreis Stormarn), ist Leiter der „Hammerskins“ in Schleswig-Holstein. Von Detroit aus wird das Magazin „Resistance“ der „Hammerskins“ vertrieben.

Als Publikation von „Blood & Honour“ erscheint die gleichnamige Zeitschrift in der Bundesrepublik für die Sektionen Berlin, Brandenburg, Sachsen, Württemberg und Baden. Die auflagenstärkste rechte Musikzeitschrift in der Bundesrepublik ist „Rock Nord“ von **Torsten Lemmer**. „Rock Nord“ erscheint seit 1996 als Nachfolgeprojekt von „Moderne Zeiten“. Der 27jährige Lemmer kann als bundesdeutscher Geschäftemacher Nummer 1 in Sachen rechter Musik gelten. Lemmer managt und produziert seit Jahren Bands wie „Störkraft“, „Rheinwacht“, „Siegeszug“, „Schlachtruf“ oder „08/15“. Immer wieder wechseln Bands das Label oder den Vertrieb aufgrund von Unzufriedenheit mit dem Geschäftsgebaren der Verantwortlichen. Die semiprofessionellen oder Amateur-Musiker profitieren weit weniger als das geschäftliche Umfeld von dem Boom mit der rechten Musik.

Berichtet und geworben wird für die diversen rechten Bands vor allem in den „Skinzines“. Der Neologismus „Skinzine“ stammt aus dem Englischen und ist die Kurzform für 'Skin'head Maga'zine'. „Skinzine“ - gelegentlich auch Fanzine, von 'Fan'Maga'zine' - ist die Selbstbezeichnung der Skinhead-Szene für mehr oder weniger einfache Publikationen, die ein wichtiges Kommunikationsmedium der Szene darstellen. Die Namen reichen von „Äbbelwoi-Express“ aus Offenbach bis zum „Wikinger“ aus Bremerhaven. Zur Zeit erscheinen einige Dutzend dieser mit unterschiedlichen Lebensdauer ausgestatteten Heftchen in der gesamten Bundesrepublik.

Ein Teil der „Skinzines“ wählte den Weg in eine gewisse Professionalisierung. Damit verbunden sind häufig kommerzielle Interessen wie bei dem 27jährigen Fascho-Yuppi Torsten Lemmer, dem umstrittenen, aber erfolgreichen Verleger von „Rock Nord“ sowie Manager, Produzenten und Verkäufer rechter Volksmusik. „Rock Nord“, streng genommen dem Status eines „Skinzines“ entwachsen, erscheint in der Nachfolge von „Moderne Zeiten“, das sich wiederum auf „Frontal“ und den „Querschläger“ zurückverfolgen läßt. Der „Querschläger“ entstand 1987 als Postille der FAP Essen. Daraus ging das in den Jahren 1991 bis 1993 verbreitete „Frontal“ von **Andreas Zehnsdorf** hervor. Chefredakteur der von 1993 bis Anfang 1996 erschienenen „Modernen Zeiten“ war bereits der Lemmer-Spezi Zehnsdorf, der zuvor nach sechs Ausgaben das „Ketzerblatt Frontal“ eingestellt hatte. Immer wieder erscheint selbsternannte Konkurrenz zu „Rock Nord“. Zuletzt trat „Unsere Welt“ aus Bielefeld mit diesem Anspruch an. Einer der Verantwortlichen ist **Bernd Stehmann** von der neonazistischen „Westfalen-Front“. Doch alleine mit der Auflage kann kein bundesdeutsches „Skinzine“ mit „Rock Nord“ mithalten. Liegen die Auflagen üblicherweise bei wenigen bis einigen hundert Exemplaren, im Ausnahmefall auch mal am Rande des vierstelligen Bereichs, so beziffert „Rock Nord“ die Auflagenhöhe mit 15.000 Exemplaren. Das Heft besteht zudem aus rund 36 Hochglanz- und, teilweise, Vollfarbseiten im DIN A4-Format. Alleine die im Ausland erscheinenden und als Vorbild dienenden Publikationen „Nordland“ und „Resistance“ („The Music Magazine for the True Alternative“) können mit dem Lemmer-Blatt mithalten. Die zahlreichen „Skinzines“ erscheinen im selben Format wie „Rock Nord“ oder, häufiger noch, in der halben Größe auf DIN A5, zumeist photokopiert und geklammert. Die Seitenzahlen bewegen sich zwischen zwanzig und sechzig Seiten pro Heft. Ausgefüllt sind die Seiten mit Interviews, die mit der Szene zugehörigen Bands geführt werde oder den Machern von anderen „Zines“, Konzertberichten sowie Besprechungen von CDs und anderen Heftchen der rechten Szene. Daneben finden sich Kurzmeldungen, Nachrichten und, ganz wichtig, die Grüße an die zahlreichen „Kameraden“.

Dr. Ulrich Schneider

(K)eine neue Goldhagen-Debatte

Eigentlich hat man es schon immer geahnt - nun ist es Gewißheit: „Goldhagen - ein Quellentrickser" - diese Einschätzung vermittelte jedenfalls im Sommer diesen Jahres der „Spiegel" seinen Lesern, wenn auch mit einem schamhaften Fragezeichen garniert.

Als Kronzeugen für diesen Verriß führt das Magazin den amerikanischen Politologen **Norman Finkelstein** ins Feld, der in einem Aufsatz in der „New left review" Detailkritik an Goldhagens Untersuchung und Grundsatzkritik am „Holocaust"-Forschungsansatz geübt hatte. Nun rächt es sich, daß viele derjenigen, die in der ersten Debatte das Buch beurteilt hatten, es entweder gar nicht oder nur sehr oberflächlich gelesen hatten. Man begnügte sich damals mit aufbereiteten Halbsätzen, um eine fertige Meinung zu präsentieren, die der „Spiegel" nun als Beleg dafür anführt, daß die eigentlichen Wissenschaftler schon immer gegen das Buch und Goldhagens Thesen gewesen seien.

Bezeichnend ist jedoch, daß genau diese Kritiker die detaillierte Untersuchung Finkelsteins nicht geleistet haben. Und noch ein Unterschied. Mit keinem Wort stellt Finkelstein die beschriebenen und aus Quellen nachweisbaren Verbrechen selber in Frage. Die Beteiligung der Polizeibataillone und Wehrmachtseinheiten, also „ganz gewöhnlicher Deutscher", an den Verbrechen der Judenverfolgung und Vernichtung stellen für ihn ebenfalls keinen Streitpunkt dar. Und ob Christopher Browning vergleichbare Dokumente bereits aufgearbeitet hat oder nicht, ist eher für den Neuigkeitswert einer Arbeit, jedoch nicht für ihren Wahrheitsgehalt interessant. In beiden Fällen führt die Debatte zur Fokussierung der Fragestellung auf die Täter, was für Finkelstein ebenfalls unstrittig ist.

Kritik übt Norman Finkelstein vor allem an der Eindimensionalität der Erklärung Goldhagens für den Völkermord, in dem er einzig auf den im deutschen Volk verwurzelten Antisemitismus verweist. Hier nun weist Finkelstein nach, daß Goldhagen Belege für diese These durch unwissenschaftliche Verkürzungen, sinnentstellende Wiedergabe von Zitaten und selektive Quellenwahrnahme gesammelt habe. Anders als Goldhagen will Finkelstein die Rolle der faschistischen Führung stärker gewichten. Sicherlich wird man Finkelsteins Detailkritik in vielen Fällen folgen können, wenn auch manche Punkte anfechtbar sind. So wirft er Goldhagen vor, er habe aus einem Gestapo-Bericht nur den Teil zitiert, der darauf verweist, daß Leute eigenständig Schilder mit dem Text „Juden unerwünscht" produziert hätten, nicht jedoch, daß die Gestapo diese als „örtliche Heißsporne" kritisiert habe. Doch scheint mir dies gerade kein Argument gegen Goldhagen zu sein, zeigt diese Quelle doch eigentlich, daß die - auch staatlich gezielt gesteuerten - antisemitischen Kampagnen teils durch die Spontanität der Basis aus dem Ruder zu laufen drohten.

Wissenschaftspolitisch interessanter ist jedoch die Verbindung, die Finkelstein zwischen Goldhagens Buch und der aktuellen Holocaust-Forschung in den USA zieht. Wortgewaltig zieht er über die in den USA etablierte Fachrichtung „Holocaust Studies" als ganze her, der er radikalen Zionismus vorwirft. Finkelstein spricht ausgehend von der Auseinandersetzung mit Goldhagen - pars pro toto - den hieran beteiligten Historikern die Wissenschaftlichkeit ab. Hier wird m.E. seine Kritik an Goldhagens Defiziten selbst problematisch. Dankbar greift jedoch der „Spiegel" Finkelsteins Kritik auf und läßt ihn - in seiner Stimme bebend (wie merkt man das beim Lesen eines Aufsatzes?) - erklären: „Goldhagens Buch ist eine Schändung - der Erinnerung und der Wahrheit" - ein Zitat, was man wahrscheinlich demnächst in allen möglichen neofaschistischen Publikationen wiederfinden wird. Und damit wären wir auch wieder beim Interesse des „Spiegel" an dieser Debatte. Nachdem Augstein noch im letzten Sommer ein medien- und marketingwirksames Interview mit Goldhagen abgedruckt hatte, folgt nun der ebenso medienwirksame Verriß. Einmal mehr bestätigt sich in diesem Verhalten des „Spiegel" der von Richard Chaim Schneider in seinem Buch „Fetisch Holocaust" erhobene Vorwurf, daß auch in Deutschland das Thema Judenvernichtung eine unheilige Allianz von Verdrängung und Vermarktung erlebe.

Nicht ernsthafte Auseinandersetzung, sondern Auflagensteigerung war das erkenntnisleitende Interesse dieses politischen Magazins. Den Ansatzpunkt für eine neue „Goldhagen-Debatte" liefern die Beiträge jedoch nicht. In keinem Punkt gingen die Aussagen beispielsweise über die Rezension Dieter Pohls in den „Vierteljahresheften für Zeitgeschichte" (1/97) hinaus, der neben den Defiziten auch die Stärken Goldhagens und die durch seine Studien offenkundig gewordenen Forschungsdesiderate benennt. Das störte jedoch manchen „Spiegelleser" nur wenig. Leserbriefe bezeichneten Goldhagens Thesen als „ziemlichen Mist". Und während ein Schreiber die Arbeit als „Buch des Glaubens" bezeichnete, glaubte ein anderer, Goldhagen eines Verstoßes gegen den biblischen Grundsatz „Du sollst nicht falsch Zeugnis ablegen" bezichtigen zu können.

Auffällig ist einzig der Zeitpunkt, an dem der „Spiegel" diesen Goldhagen-Verriß veröffentlicht. Der „Spiegel" selbst schreibt, Finkelstein habe sich längere Zeit vergeblich bemüht, seine Kritik in renommierten Magazinen unterzubringen (Anmerkung: Warum hat der „Spiegel" nicht schon damals zugegriffen?). Das Magazin veröffentlicht nun Auszüge aus diesem Text zu einem Zeitpunkt, an dem es eigentlich einen ganz anderen geschichtspolitischen Impuls in der Täterdiskussion setzt. Just zu dieser Zeit begann der „Spiegel" mit dem Vorabdruck der Erinnerungen Richard von Weizsäckers an seine Familie und - speziell - an seinen Vater, in der der ehemalige Bundespräsident die Täter-Rolle seines Vaters in unerträglicher Weise verharmlost, ihn quasi als weltfremden Beamten darstellt, der mit keinem der vielen faschistischen Verbrechen, mit denen er schon alleine dienstlich konfrontiert war, etwas zu tun gehabt haben soll. Stören Goldhagens Thesen von „Hitlers willigen Vollstreckern" möglicherweise ein solches Geschichtsbild?

Wehrsportgruppe Marburg

Unter dem Titel „Wehrsportgruppe Marburg - Militaristen, Kameraden, Seilschaften und Traditionsverbände in Marburg" ist eine 44-seitige Broschüre zu Militaristenverbänden erschienen. Die Broschüre informiert über die zahlreichen Traditionsverbände aus der Region Marburg, die im Vorfeld der Ausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" gegen diese Front gemacht haben. Ganz nebenbei räumen die Autoren hierbei mit dem Mythos der linken Hochburg auf, indem sie die militaristischen und nationalistischen Traditionsstränge in Marburg anhand der Militärgeschichte aufzeigen.

Seit 1866 war die mittelhessische Stadt vom Militär als Hauptwirtschaftsfaktor geprägt, neben diesem war es vor allem der Ausbau der Universität und die zahlreichen ansässigen studentischen Verbindungen und Burschenschaften, die zur Keimzelle rechten Gedankengutes wurden. In dieser explosiven Mischung entwickelten sich die Grundlagen für faschistische Strömungen. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde Marburg schnell zu einer Hochburg des Nationalsozialismus.

Auch heute noch existieren in Marburg zahlreiche militaristische Traditionsverbände, die aktuell wieder durch ihre Proteste gegen die Wehrmachtsausstellung von sich reden machen.

Neben der Darstellung der „Kameradschaft Marburger Jäger - 2.Panzergrenadierdivision", dem „Kyffhäuserbund", dem „Verband deutscher Soldaten" und anderen beschäftigen sich die Autoren vor allem mit der „Fördergemeinschaft für Soldatenverbände", einem Traditionsverband, der bewußt aus dem Mief der Kameradschaftsabende in Hinterzimmern einschlägig bekannter Kneipen hervortritt. Der junge Verband versucht in der Öffentlichkeit zu wirken und zählt zu seinen Mitgliedern neben zahlreichen Rechtsextremisten auch (Lokal)-Politiker sogenannter bürgerlicher Parteien.

Die Broschüre ist gegen DM 4,- zzgl. Porto bei der BürgerInneninitiative gegen Geschichtsrevisionismus, c/o Infoladen, Metzgerstr. 1b in 36037 Marburg zu bestellen.

Warnung vor neonazistischer Tarnorganisation

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) warnt davor, sich von einer angeblichen Presseagentur mit dem Namen „Jewish Press Agency" täuschen zu lassen, Auskünfte zu erteilen oder gar Adressen zu vergeben.

Der Verdacht, es handele sich bei dieser „Jewish Press Agency" um eine neonazistische Tarnorganisation, wird anhand der ausgewerteten Ermittlungen immer wahrscheinlicher. In einem Artikel der „Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung" wird der Chefredakteur der JPA, **Wolf Geisler**, in die Nähe von rechtsextremistischen Gruppierungen gebracht.

Die Vorgeschichte:

Es begann alles mit einer ganz normalen Anfrage bei der VVN-BdA Berlin nach Adressen von Antifa-Gruppen. Die VVN Berlin wurde vorsichtig und forschte nach. Das Ergebnis war erschreckend: Der Name **Claudia Wend**, der bei der „Jewish Press Agency" (JPA) auftauchte, war auf Nachfrage bei unseren Archiven durchaus bekannt. Als (ehemalige) stellvertretende Vorsitzende des als eindeutig rechtsradikal eingeschätzten „Arbeitskreis Walther Machalett für Vor- und Frühgeschichte e. V." war diese durchaus kein unbeschriebenes Blatt. Walther Machalett, der Namensgeber des Vereins, war bis zu seinem Tod führendes Mitglied des „Armanen-Ordens - AO", eines ebenso rechtsradikalen Haufens von Germanen-Verehrern. Die VVN in Berlin gab daraufhin per Internet Warnungen an verschiedene Gruppen heraus, an diese JPA irgendwelche, wie auch immer geartete Informationen weiterzugeben. Die Reaktion der JPA ließ nicht lange auf sich warten. Der angebliche Chefredakteur Wolf Geisler drohte der VVN mit einer Verleumdungsklage, worauf die VVN vorübergehend die Warnungen einstellte. Zu einer Klage kam es bisher nicht. Geisler klärte auf, Frau Wend wäre ehemalige stellvertretende Vorsitzende des „AK Walther Machalett" und sei wegen der neonazistischen Ausrichtung wieder ausgetreten. Seltsam: Noch wenige Wochen vorher fragte selbiger Wolf Geisler bei der VVN nach, ob uns ein „Arbeitskreis Walther Machalett" bekannt wäre.

Anfang Juni fragt die VVN bei verschiedenen Stellen in puncto JPA nach. Das Ergebnis war durchgängig: Die Auslandsauskunft der Telekom konnte weder in New York, London, Sydney, Amsterdam noch Tel Aviv einen Telefonanschluß einer „Jewish Press Agency" oder einer „JPA" finden, obwohl der aufgemachte Briefkopf, den zwei übergroße Davidsterne zieren, auf diese Auslandsagenturen hinweisen. Die in diesem Briefkopf angegebene Adresse in Bielefeld und die Telefonnummer gehören laut Telekom-Auskunft Claudia Wend. Auf dem Namensschild klebt zwar der Name „Jewish Press Agency", aber als rote Prägefolie, wie es sich jeder selbst auf billige Art und Weise herstellen kann. Auch der Name Wolf Geisler ist auf diese Weise angebracht. Am 26.Juni kam Antwort der israelischen Botschaft. Eine JPA war ihnen dort nicht bekannt.

Auch in Pressekreisen war eine JPA gänzlich unbekannt. Selbst in Tel Aviv hatte man nur Kopfschütteln parat. Durch die Anfrage bei der israelischen Botschaft schaltete sich inzwischen der israelische Geheimdienst ein. Auch der Zentralrat der Juden in Deutschland wisse nichts von dieser Presseagentur. Die JPA gibt ein virtuelles Magazin mit dem Namen „Chuzpe" heraus. (Nicht zu verwechseln mit dem jüdischen Jugend- und Studentenmagazin „Chuzpe".) Dieses ist allerdings nur über das Internet zu erhalten und dort auch nur, nachdem man sich in eine Liste eingetragen hat. Der Inhalt ist billigster inhaltlicher Natur und enthält eine Grafik („der tanzende Chassid"), die in der aktuellen Ausgabe von „Der jüdische Kalender" abgedruckt war, den man in jedem besseren Buchladen erhält. Der weitere Inhalt dieses virtuellen Magazins erscheint wirr zusammengestellt verschiedenen jüdischen Publikationen entnommen zu sein.

Weiter Haft für Südtirol-Terroristin

Zusätzlich zu einer zehnjährigen Haftstrafe muß die 51jährige Österreicherin **Karola Unterkircher** nun noch sieben weitere Monate in einem Gefängnis in Mailand verbringen. Ihr wird zur Last gelegt, sie habe im November 1984 zusammen mit **Adalbert Holzner** und **Karl Zwischenbrugger** von „Ein Tirol" einen Strommasten im Südtiroler Oberplars in der Nähe von Meran gesprengt. Bereits 1992 ist sie zu zehn Jahren Haft wegen der Mithilfe bei verschiedenen Anschlägen von „Ein Tirol" in Abwesenheit verurteilt worden. In der Urteilsbegründung heißt es, Karola Unterkircher hätte den Anschlag auf den Masten bei Meran mitgeplant, den Sprengstoff, neun Kilo TNT, aus Österreich über die Brennergrenze geschafft und den Sprengsatz dann am Masten angebracht.

Gegendarstellung

zu "Anmerkung" zur Gegendarstellung der Unabhängigen Ökologen in: "Der Rechte Rand" Nr.47, S.14:

1. In der "Anmerkung" zu unserer Gegendarstellung wird behauptet, Wolfgang Venohr habe als UÖD-Mitglied seinen Aufsatz "der Ökostaat kommt bestimmt" verfasst. Dies ist unwahr. Wahr dagegen ist, daß Wolfgang Venohr zu dem Zeitpunkt, als er diesen Aufsatz für die "Junge Freiheit" schrieb, kein Mitglied der UÖD war. Seine in diesem Artikel geäußerten Meinungen werden nicht von den UÖD geteilt, wie aus der Verbands-Stellungnahme in ÖKOLOGIE 1, 1994, S.5 ersichtlich ist.

2. In der "Anmerkung" zu unserer Gegendarstellung wird behauptet, Herbert Gruhl und Heinz-Siegfried Strelow würden "ökodiktatorische" "Hardliner-Visionen" nicht offen äußern, sondern "andere vorschicken". Diese Behauptung ist unwahr. Wahr dagegen ist, daß Gruhl und Strelow immer ökodiktatorische Bestrebungen abgelehnt haben. In einem vom ÖKOLOGIE-Schriftleiter Strelow verantworteten Artikel in ÖKOLOGIE 1, 1994, S.5, wird zu dieser Frage Herbert Gruhl mit den Worten zitiert, die die UÖD-Verbandshaltung wiederspiegeln:

"Ich habe die Möglichkeit einer totalen Weltregierung schon in "Ein Planet wird geplündert" geprüft, mit dem Ergebnis, daß sie weder realisierbar noch wünschenswert wäre. Den Vorwurf, ich hätte eine Weltdiktatur gefordert, haben sich einige Ignoranten aus ihren roten Fingern gesogen. Was schon damals meine Ahnung war, ist zur Gewißheit geworden: Eine Weltregierung müßte allen Streit in der Welt mit Gewalt unterdrücken. Ein ökologisches Gleichgewicht entsteht jedoch nur aus einem Gleichgewicht streitender Mächte. (...) Es wird nie eine Weltregierung, geschweige denn eine Welt-Ökodiktatur geben. Die Weltregierung ist ein rein technizistischer Gedanke, kein ökologischer."

3. In der "Anmerkung" zu unserer Gegendarstellung wird behauptet, daß Strelow in seiner Rezension des Buches "GO!" "mit der Vision von **Dirk Fleck** mehr als sympathisiert". Das ist unwahr. Wahr dagegen ist, daß Strelow nicht Sympathie für das Szenario dieses Romanes geäußert hat, sondern Verständnis dafür, daß es zu solchen Entwicklungen aufgrund einer kurzsichtigen Naturausplünderung kommen könnte. Verständnis für eine Entwicklung bedeutet noch lange keine Sympathie mit ihr.

Prof.Dr.Dr. **Herbert Pilch**,
Bundesvorsitzender der UÖD

„Paneuropa-Union" im Sächsischen Landtag

Vom 7. bis 30.Oktober 1997 fand im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags auf Einladung des Präsidenten des Sächsischen Landtags, **Erich Iltgen** (CDU), und des „Paneuropäischen Clubs am Sächsischen Landtag" die Ausstellung „Mitteleuropäische und mediterrane Kulturlandschaften Kroatiens" statt. Dabei wurden Bilder der „PEU Kroatien" gezeigt, die zeigen sollten, daß Kroatien keine „wilde Provinz in den Schluchten des Balkans, sondern ein kostbarer unersetzlicher Schatz aus dem Kernbestand der mitteleuropäischen und nordmediterranen Kultur" sei. Unterstützt wurde die Ausstellung von der DePfa-Immobilien-Anlagen-GmbH, einer Tochtergesellschaft der Deutschen Pfandbrief- und Hypothekenbank AG (Wiesbaden) und der Deutschen Immobilien Leasing GmbH (Düsseldorf). **Hans-Christian Schneider** vom Vorstand der DePfa eröffnete die Ausstellung zusammen mit **Volker Schimpff**, dem Sprecher des „Paneuropäischen Clubs am Sächsischen Landtag" sowie mit **Heiner Sandig**, erster Vizepräsident des Sächsischen Landtags und sächsischer Ausländerbeauftragter. Die Einführung führte der Präsident der „PEU Kroatien", Prof. Dr. **Mislav Jezic**, durch.

Andreas Speit

„Extremismus der Mitte“

Hamburger Bürgerschaftswahl 1997

„Neo-Nazis drin!“ titelte die Nachtausgabe der „Hamburger Morgenpost“. Bereits als sie am Sonntagabend des 21.Septembers in Druck ging, war sie Makulatur und die Überschriften des nächsten Tages lauteten: „Voscherau geht“ und „DVU ante portas“.

Die ersten Hochrechnungen der Hamburger Bürgerschaftswahl 1997 hatte die Medien aufgeschreckt und die PolitikerInnen von SPD, CDU, FDP und „Statt-Partei“ betroffen gemacht. Nach einer ersten ZDF-Hochrechnung erhielt die „Deutsche Volksunion“ (DVU) 5,4 Prozent der Stimmen, was 8 Mandaten entsprochen hätte, und auf die SPD entfielen 38,3 Prozent. Erst das endgültige amtliche Wahlergebnis offenbarte, daß der DVU 190 Stimmen fehlten, um in die Bürgerschaft einzuziehen, und daß die SPD mit 36,2 Prozent der Stimmen ihr schlechtestes Wahlergebnis in Hamburg seit 1945 erzielt hatte.

Klare Verliererinnen der Wahl sind die „Statt-Partei“ mit 3,8 Prozent, die nicht mehr in der Bürgerschaft vertreten ist und die FDP, die wieder nicht in den Senat einziehen konnte. Die PDS/Linke Liste, deren Kandidatur parteiintern umstritten war, erhielt 0,7 Prozent und die „Anarchistische Pogo-Partei Deutschlands“ (APPD) 0,5 Prozent.

Mit den Worten „das Wahlergebnis ist als Grundlage für meine zukünftige Arbeit zu wenig. Es ist kein Vertrauensbeweis“ und, „meiner Heimatstadt Hamburg wünsche ich Glück. Sie wird es brauchen“ trat noch am Wahlabend Henning Voscherau, nach knapp zehnjähriger Amtszeit, als Bürgermeister zurück. Die HamburgerInnen hätten seine „Schmerzgrenze unterschritten“. Zum Wahlerfolg der DVU merkte der ehemalige sozialdemokratische Landesfürst an: „Das DVU-Ergebnis spiegelt die brachiale Grundstimmung wider, die ich schon während des Wahlkampfes erschreckend angetroffen habe“.

Daß die MacherInnen dieser „brachialen Grundstimmung“ Namen haben und bei der SPD, CDU, FDP und „Statt-Partei“ sitzen, betonten die RednerInnen auf der Kundgebung einer spontan stattfindenden Demonstration, die sich nach den ersten Hochrechnungen vor dem Kriegerdenkmal am Dammtorbahnhof einfand. Nur Voscheraus Rücktritt ließ Freude bei den ca. 1.000 DemonstrantInnen aufkommen. Martin Schmidt von der „Grün-Alternativen Liste“ (GAL) erklärte, Voscherau habe „dafür gesorgt, daß die DVU so stark geworden“ sei. Hätte er „nicht alle anderen rechts überholt, wäre uns dies erspart geblieben“. Nicht anders sieht es Andreas Grünwald (DKP), Sprecher der Demonstration: „Vor allem Henning Voscherau, mit seiner unverantwortlichen Law-and-order-Kampagne hat den Wahlsieg der DVU ermöglicht“. Wer von Recht und Ordnung redet, dabei ein Bild des ausländischen Menschen als potentiellen Kriminellen malt und zugleich die Umverteilung von unten nach oben verstärkt, braucht sich nicht über eine „brachiale Grundstimme“ in der Gesellschaft zu wundern.

Im CCH, dem Congress Centrum Hamburg, bedankten sich der Spitzenkandidat der DVU **Heinrich Gerlach** und der schnell eingeflogene DVU-Chef **Gerhard Frey** bei der SPD. Der DVU-Bundesvorsitzende betonte, daß die „Wähler sich nicht täuschen lassen“ und „lieber das Original wählen“. „Wir sind eine ganz normale Partei“ versicherte der 49jährige Kaufmann und Maschinenbauer Gerlach, der als Wahlkampfleiter und Landeschef der DVU in Schleswig-Holstein 1992 Erfolge feierte, wo die DVU in das Kieler Landesparlament einzog.

Mit ihren klassischen Aussagen wie „Hamburg den Deutschen, Istanbul den Türken“, „Deutsche zuerst“ und „Für Recht und Ordnung“ bestritt die DVU den Hamburger Bürgerschaftswahlkampf. Neben Massenpostsendungen und sporadischen Informationsständen in Stadtteilen, warben sie mit einem Flugzeug - im Schlepptau ein Transparent: „DVU wählen“.

Ein Flugzeug leisteten sich „Die Republikaner“ in Hamburg nicht. Dafür boten sie mehrere Informationsveranstaltungen an - allerdings mit geringem Erfolg. Hatten sie 1993 noch 4,8 Prozent der Stimmen erhalten, kamen sie jetzt auf 1,9 Prozent. REP-Spitzenkandidat und Landesvorsitzender **Hans Fiedler** war enttäuscht - schließlich forderten die REP, was viele versprachen: „Geschlossene Heime für jugendliche Straftäter“, „Abschiebung ausländischer Straftäter“, „Verstärkung der Polizei“ und „Unverzügliche Ausweisung aller abgelehnten Asylbewerber“.

„Arbeit zuerst für Deutsche“ und „Sicherheit durch Recht und Ordnung“ versprach auch die NPD und forderte u.a. „die Todestrafe in besonders schweren Fällen bei wiederholtem Sexual-, Kindes-, Raub- und Massenmord und bei schweren Fällen des Drogenhandels“. Ihre angekündigten große Wahlkampfkundgebung am 13.September scheiterte an der Gegendemostration unter den Motti „NPD-Aufmarsch verhindern“ und „Die Koalition von law and order angreifen - Gegen reaktionäre und rassistische Politik vorgehen“. Zu ihrem Wahlergebnis von 0,1 Prozent sagte der NPD-Landesvorsitzende **Ulrich Hader** kein Wort.

Auch der „Bund freier Bürger“ (BfB) blieb mit 1,3 Prozent hinter seinen Erwartungen zurück. Ihr Spitzenkandidat **Kristof Berking**, ehemaliger Redakteur der „Jungen Freiheit“, hatte auf einen Einzug in den Senat gehofft. Getreu ihrem zentralen Anliegen stellten sie die „Sorge um die D-Mark“ in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes. Doch auch **Manfred Brunner**s persönlicher Einsatz und die Unterstützung von **Ulrich Schacht** als Kandidat half nicht über die Fünf-Prozent-Hürde.

Verpaßten alle sechs angetretenen rechtsextremen und neofaschistischen Parteien den Einzug in den Hamburger Senat, so schaffte die DVU es, in vier der sieben Bezirksparlamente einzuziehen, bzw. ihre Plätze in Bergedorf zu vermehren und die REP zu verdrängen. Außer in den rechten Wahlhochburgen Harburg (7,5 Prozent), Bergedorf (5,5 Prozent) und Mitte (8,5 Prozent) sprang die DVU auch in Wandsbek über die Fünf-Prozent-Hürde (5,5 Prozent). In Hamburg-Mitte und Harburg verloren die REP ihre Sitze. Zusammen kamen die rechtsextremen und neofaschistischen Parteien in Harburg auf 11,3 Prozent.

Laut der Wahlanalyse machten vor allem Männer unter 25 Jahren ihr Kreuz bei der DVU - das sind ca. 15 Prozent in dieser Wählergruppe. In fast allen Stadtteilen mit überdurchschnittlichen SPD-Verlusten erzielte die DVU hohe Stimmenzuwächse. Gleichzeitig entsprechen in 30 Stadtteilen die CDU-Stimmengewinne etwa den Verlusten der SPD, was aber nicht dem Trend entgegen stünde, wie Landeswahlleiter Wolfgang Prill hervorhob, daß „in den klassischen Arbeitervierteln die Rechten ihre Stimmen von klassischen SPD-Wähler erhielten“. Außerdem wären „1993 bei der Bürgerschaftswahl insgesamt 7,6 Prozent auf die „drei (!) rechtsextremen Parteien entfallen und diesmal 6,9 Prozent“. „Das sind 7200 Stimmen weniger“, weshalb er keinen Rechtsruck sieht.

Zusammen kommen DVU, REP, BfB, NPD, DP und ÖDP auf 8,2 Prozent von den 54 Prozent der abgegeben Stimmen.

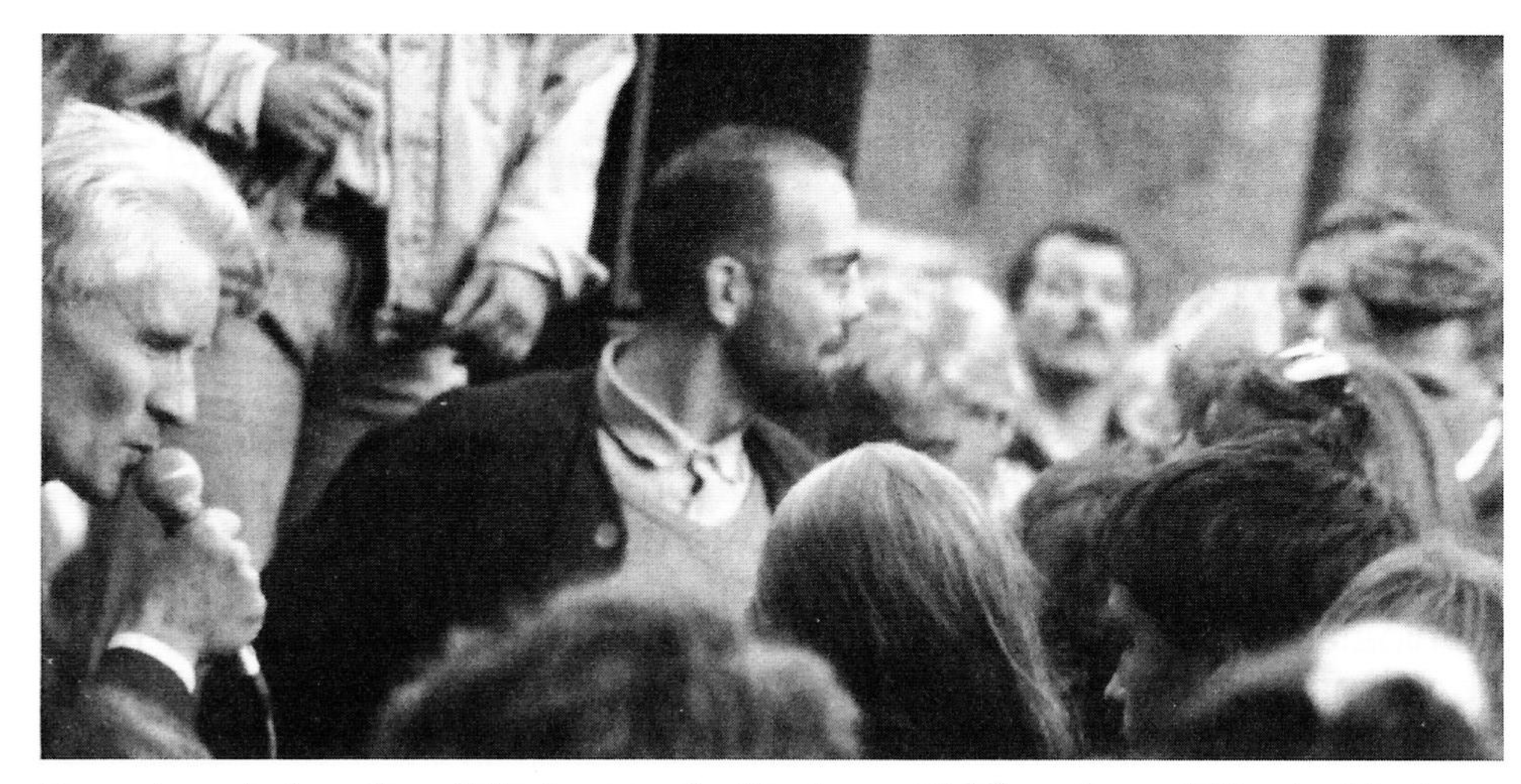
Bereits vor den Wahlen sorgten sich die Autoren der „Jungen Freiheit“ wegen der Vielzahl der rechten Kandidaturen. Allen voran Chefredakteur **Dieter Stein** und **Thorsten Thaler**. Nur **Alfred Mechtersheimer** gewann der Kandidaturenvielfalt etwas Positives ab. „Weil alle Neugründungen gescheitert sind, bleibt für die Bundestagswahl nur die Konzentration aller nationalen Kräfte auf diejenige Partei, die mit den größtmöglichen Chancen ins Rennen geht. Welche Partei dieses Pferd sein wird, kann nach den Bürgerschaftswahlen (...) besser beurteilt werden“ (JF, Nr.34/97). Der Wahlerfolg der DVU paßt Mechtersheimer jedoch nicht. Zusammen mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten **Heinrich Lummer** gibt sich der „Friedensforscher“ im Gespräch mit Stein und Thaler überrascht. Wie dem JF-Redakteur **Hanno Borchert,** mißfällt ihnen das „Hobby eines Millionärs“. Um so tröstlichere Worte finden sie für die REP. Deren Bundesvorsitzender **Rolf Schlierer** entschuldigt den Mißerfolg mit der „materiellen Überlegenheit der DVU“ (JF, Nr. 40/97). Ihre „graue Eminenz“ **Günter Rohrmoser** sieht in der Hamburger Bürgerschaftswahl eine „Selbstruinierung und -dezimierung“ und betont im JF-Interview, daß mit Frey zusammen nichts geht und leider der BfB und Manfred Brunner erfolgreich diskriminiert wurde (JF, ebd.).

Für das „Debakel“ macht währenddessen das „Nationale Infotelefon Rheinland“ die „Funktionäre der Rechtsparteien“ als „Hautschuldige (aus), die einfach nicht begreifen, daß das permanente Gegeneinander durch und durch schädlich ist“ und fordert die Basis der Parteien auf, die Einheit gegen ihre Parteiführung zu erzwingen.

Schaffte es keine der rechtsextremen und neofaschistischen Parteien in die Hamburger

Bürgerschaft, so können DVU, BfB und REP ihre Finanzen mit der Wahlkampfkostenrückerstattung aufbessern und ihre Inhalte im Schutze des Wahlrechtes verbreiten. Mechtersheimers Hoffung auf Klärung scheint allerdings obsolet.

Nicht erledigt hat sich das Wahlkampfthema „Innere Sicherheit“. **Gerhard Schröders** markanten Worte beruhigten bereits Frey, der ankündigte, daß die DVU bei den Landtagswahlen in Niedersachsen nicht antreten werde. Daß es nicht von Nöten ist, das „Orginal zu wählen“, wenn CDU, FDP und SPD ebenso nationalistische, rassistische und Law-and-order Versprechen machen, offenbart erneut die Hamburger Bürgerschaftswahl. Die permanente Enthumanisierung der Gesellschaft ist ein Resultat. Ein weiteres, die Etablierung der rechtsextremen und neofaschistischen Parteien als „normale Parteien“.



Neonazis um Andreas Storr (Mitte) nutzten den Hamburger Wahlkampf, um mit Henning Voscherau (links im Bild) über „law and order“ und über Asylpolitik zu diskutieren. Foto: blendwerk

Andreas Speit

Zauberlehrling Voscherau

4000 Menschen demonstrierten gegen Law-and-Order-Wahlkampf 40 Neonazis diskutieren mit Voscherau

„Es wird eine spektakuläre Aktion geben“, garantierte der Pressesprecher der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) Klaus Beier. Seit Mitte Juli 1997 mobilisierte die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) zusammen mit ihrer Jugendorganisation JN zu einer Wahlkampfkundgebung am 13.September für die Hamburger Bürgerschaftswahl. Parole: „Leistet Widerstand - jetzt“.

Per Internet riefen sie „jeden DEUTSCHEN und NATIONAL denkenden Menschen auf (...) an diesem Tag im roten Hamburg“ den „linken Chaoten“ zu zeigen, „daß die Straße dem deutschen Volk gehört und nicht irgendwelchen gewalttätigen Politikspinnern“. Viel war von der „einzigen nationalen Alternative“ dann aber nicht zu sehen.

Stattdessen Demonstrierten in der Hamburger Innenstadt am 13.September ca. 4000 Menschen unter den Motti „NPD-Aufmarsch verhindern“ und „Die Koalition von Law and Order angreifen - Gegen Reaktionäre und rassistische Politik vorgehen“. Ein breites Bündnis, von autonomen antifaschistischen Gruppen über PDS, DKP bis GAL, VVN und einzelnen Gewerkschaften, nahm den angekündigten NPD-Aufmarsch zum Anlaß, um den rechtspopulistischen Bürgerschaftswahlkampf fast aller Parteien zu thematisieren. So verwiesen allen Rednerinnen und Redner darauf, daß neben den extremen Rechten Parteien wie NPD, REP, DVU und BfB, die SPD und CDU mit ihrem Wahlkampf das „rassistische Klima verschärfen“. Das „Gerede von der 'Asylantenschwemme', von 'kriminellen Ausländern' und vom 'Sozialmißbrauch' fördere das Entstehen von rassistischen Feindbildern“. Längst seien die Themen der Rechten die Themen der Mitte.

Im Vorfeld bereits garantierte Polizeipräsident Ernst Uhrlau „Law and Order“. Um „Übergriffe und Regelverletzungen frühzeitig zu unterbinden“ waren 2000 Polizisten präsent - soviel wie schon seit Jahren nicht mehr anläßlich einer Demonstration in Hamburg. Nur dem geschickten Verhalten der Demonstrationsleitung war es zu verdanken, daß, trotz Provokationen von Seiten der Polizei, größere Auseinandersetzungen unterblieben.

Zu diesen kam es allerdings im Hamburger Hauptbahnhof, den die „Jungen Nationaldemokraten“ via Handy als Sammelpunkt bekannt gaben. Nachdem AntifaschistInnen dort den bis heute aktiven ex-Führer des verbotenen „Deutschen Kameradschaftsbundes“, **Thorsten de Vries**, entdeckten, der dort als Angestellter eines Wachdienstes arbeitet, schritt die Polizei ein. Mehrere Personen wurden im Verlauf einer Auseinandersetzung verletzt und zehn weitere vorläufig festgenommen.

Durch die antifaschistische Demonstration waren indes die Organisatoren des NPD-Aufmarsches in Nöte geraten. Von ihrer angekündigten Großdemonstration blieb nur eine kleine Aktion. Auf einer Diskussionsveranstaltung mit Henning Voscherau, im Rahmen des SPD-Straßenfest „Von Mensch zu Mensch“ im Hamburger Stadtteil Hamm, erschienen die Geister, die er seit dem Bürgerschaftswahlkampf herauf beschwört. Ca. 40 ausgewählte NPD- und JN-Kader.

Unter Leitung des Berliner JN-Funktionärs **Andreas Storr** diskutierten sie mit Voscherau über „Arbeitsplätze für Deutsche“ und „kriminelle Ausländer“. Hierbei schützte **Achim Ezer** von der JN-Nordrhein-Westfahlen, Storr, dessen Distanz zur JN doch nicht so groß ist, wie nach seinem Rausschmiß aus dem JN-Bundesvorstand zu erwarten war. **Steffen Hupka**, ehemals „Nationalistische Front“ und jetziges Bundesvorstandsmitglied der JN, bewachte die Autos. Sein Vorstandskollege **Jens Pühse** blieb im Hintergrund, ebenso wie **Klaus Beier**.

Während die „normalen“ Bürger und Bürgerinnen Voscheraus Dialog - über seine Vorstellungen zur „Zuzugssperre für Ausländer, sowie der „schnellen Abschiebung von kriminellen Asylanten“ - mit den „Nationaldemokraten“, lauschten und zum Teil mit Applaus zollten, verließen die ausländischen ZuhörerInnen das Fest.

Erst als der SPD-Spitzenkandidat und Hamburger Bürgermeister als „Arbeiterverräter“ betitelt wurde - und dann auch noch AntifaschistInnen auftauchten - brach dieser seinen Auftritt vorzeitig ab. Kommentar Voscherau: „Ich weiß nicht wer das ist. Ich hatte durch die pöbelnden Zwischenrufe den Eindruck, daß es sich möglicherweise um Rechtsextremisten handelt. Und habe versucht, ihnen entsprechend contra zu geben, wie sie es verdient haben“. Ob er sich, getreu Goethe, als Zauberlehrling versteht, der die Geister nicht mehr los wird, die er rief, oder als alter Zaubermeister: „Denn als Geister ruft euch nur zu seinem Zwecke erst hervor der alte Meister“, verriet er nicht.

Als die Einsatzkräfte der Polizei nach einer halben Stunde eintrafen, waren die Neo-Nazis längst aus Angst vor den schon anwesenden AntifaschistInnen verschwunden. Gegenüber der Presse gab sich Polizeisprecher Reinhard Fallak zuvor ahnungslos: „Wir tappen im Dunklen.“ Daß u.a. über das „Nationale Infotelefon Rheinland“ schon Tage zuvor mobilisiert wurde, nahm die Polizei nicht zur Kenntnis. Ein Anruf hätte genügt, ein zweiter, um von Klaus Beier Ort und Uhrzeit der NPD-Aktion zu erfahren. Dieser ließ per Pressemitteilung verkünden, daß „die Antifa ihnen auf den Leim gegangen“ sei und „über 200 Wahlhelfer 100 000 Wahlzeitungen und Flugschriften verteilt“ hätten.

Tomas Sager

Hausdurchsuchungen bei Nazis

Wie weit können Neonazis bei ihrem Versuch, „Feindkarteien“ aufzubauen, gehen?

Eine Antwort auf diese Frage könnte ein Ermittlungsverfahren geben, das derzeit bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe anhängig ist. Mitte September tauchten bei drei Vertretern der „Sauerländer Aktionsfront“ (SAF) sowie bei zwei Mailboxbetreibern in Bayern Beamte des Bundeskriminalamtes auf. Computer, eine Vielzahl von Disketten sowie Propagandamaterial beschlagnahmten die Ermittler bei den zeitgleich durchgeführten Hausdurchsuchungen.

Vorgeworfen wird den Neonazis, im „Thule-Netz“ zu Straftaten gegen politische Gegner, Polizei- und Justizbeamte aufgerufen zu haben, wie eine Sprecherin der Bundesanwaltschaft erklärte. Einer der Betroffenen: der SAF-Kader **Andree Zimmermann**.

Rückblende: Mitte Juli letzten Jahres begann Zimmermann im „Thule-Netz“ mit der Veröffentlichung von Namen, Adressen und Telefonnummern politischer Gegner. Unter der Überschrift „Antifa Struktur - Bundesweit“ verbreitete er bis Mitte September 1996 in mehr als 20 Nachrichten Angaben über linke oder vermeintlich linke Gruppen, Personen und Publikationen. Allgemeine Studentenausschüsse gehörten ebenso dazu wie Hochschulinstitute, der Schwulenverband ebenso wie die VVN, Buchautoren und Journalisten ebenso wie die Vertreter von Friedensinitiativen und Gewerkschaften, Verlage ebenso wie ein Vertreter der Bundesarbeitsgemeinschaft kritischer Polizisten, Antifa-Gruppen, Jugendzentren und Flüchtlingsgruppen.

Symbol der Janus-BBS von Ralf Kottcke, alias Thorin Eichenschild.

Mehr als 200 Gruppen, Personen und Publikationen hatte Zimmermann, der im „Thule-Netz“ unter dem Pseudonym „Lutscher“ schrieb, am Ende aufgelistet. Dabei ging es ihm nicht nur um die schlichte Veröffentlichung dieser Angaben. Seine Kameraden forderte er vielmehr auf, „zu prüfen, wo die Personen wohnen bzw. wer der/den Organisationen sein Telefon/Telefax zu Verfügung stellt“. Die Kameraden taten offenbar, was von ihnen erwartet wurde. Später jedenfalls bedankte sich „Lutscher“ für die weiteren Hinweise, die er erhalten habe: „Danke für die weiteren Zusagen, die Parasiten aus dem Dunkel zu ziehen. Wir kriegen sie ALLE!“. „Verbreiten und Verwenden“ verlangte er von den mitlesenden Neonazis. Und: „Die Adressen sind nicht dafür da, daß sie gelöscht werden, sondern das ihr damit umgeht!!!“

Mit den „Lutscher“-Listen und -Texten gearbeitet - allerdings auf andere Art und Weise, als von ihm erwartet - haben nun offenbar auch Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt. Die Bundesanwälte beantragten unter anderem wegen der Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung beim Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes Durchsuchungsbeschlüsse. Sie richteten sich gegen Zimmermann, gegen **Thomas Kubiak**, gegen einen weiteren SAF-Aktivisten aus einem Dorf bei Winterberg, gegen **Kai Dalek** sowie gegen den Münchener **Ralf Kottcke**. Er ist unter dem Pseudonym „Thorin Eichenschild“ Betreiber der Mailbox „Janus BBS“, die als Schnittstelle zwischen dem „Thule-Netz“ und dem Internet gelten kann. Kottckes Mailbox mußte ihren Betrieb einstellen, nachdem die Beamten auch seine Hardware abtransportiert hatten. Vorgeworfen wird den Neonazis, die „Aufforderung zur Begehung von Straftaten gegen politische Gegner, Polizei- und Justizangehörige“.

Auch letztere hatten die Neonazis in ihrem Computernetz ins Visier genommen. Zum Beispiel Kai Dalek, der „bei einem politischen Umschwung“ Verurteilungen per „Schnellgericht“ androhte. Für Polizei und Justiz hatte er folgende Ankündigung parat: „Und eines Tages wird dann nicht mehr um 6.00 Uhr bei den Kameraden zur Durchsuchung geklingelt, sondern dann klingeln (falls da überhaupt noch geklingelt wird) ganz andere Herren an deren Türen. Dann ist die Zeit gekommen, wo Gnadenlos abgeholt wird!“ Möglicherweise erhellt noch ein weiterer Rückblick auf Geschehnisse im September 1996 den Hintergrund der Durchsuchungsserie.

Wenige Tage bevor Zimmermann seine „Anti-Antifa-Serie“, die später auch per Internet verbreitet wurde, einstellte, erhielten er sowie mindestens elf weitere Neonazis Besuch von Verfassungsschützern. Ihnen war zu Ohren gekommen, so berichtete der „Spiegel“ Monate später, daß Neonazis über ein Postfach in den Niederlanden eine Broschüre mit Privatadressen und Telefonnummern von Politikern, Juristen, Geheimdienstlern und Polizisten verbreiten wollten, quasi ein „Einblick Nr.2“. „Empfindliche Gegenmaßnahmen“ drohten die VS'ler für den Fall einer Veröffentlichung den NS-Kadern an, darunter neben Zimmermann auch **Thomas Wulff**, Kai Dalek, **Christian Malcoci** sowie drei Niederländer.

Nach außen hin parierten die Angesprochenen. Fünf Wochen nach den VS-Besuchen verbreitete Dalek, „befugt und beauftragt von mehreren Kameraden“, eine Erklärung, in der indirekt geraten wurde, die Finger von der Sache zu lassen. „Alles deutet darauf hin, daß, sollte es tatsächlich eine solche Broschüre geben, die Staatsmacht ohne Rücksicht auf eine Zuordbarkeit zu dem/den Initiator/en, zu einem Rundumschlag gegen die nationale Opposition ausholen wird. Die Angesprochenen Aktivisten und Führer der nationalen Opposition fühlten sich daher verpflichtet (ohne auf solch eine Broschüre oder deren Erscheinen den geringsten Einfluß zu haben), gegenüber der Basis sowie der gesamten Öffentlichkeit auf die zu erwartenden staatlichen Terroreinsätze hinzuweisen“, schrieb Dalek.

Zwar scheint man vom Ziel, einen Justiz-„Einblick“ herauszugeben, Abstand genommen zu haben, natürlich aber nicht vom Vorhaben, unliebsame Richter und Staatsanwälte, Politiker, Antifaschisten und Journalisten zu „outen“ und Angaben über sie zu sammeln. „Wer ist eigentlich...“ ist zum Beispiel der Titel einer erstmals in der Mai-Ausgabe erschienenen Rubrik der HNG-Nachrichten, die dieses Ziel verfolgt. Mit dem Aufruf „Helft alle mit, diese Rubrik würdig zu gestalten“ fordern die HNG-Nachrichten zur Mitarbeit auf. Ihr aktueller Schriftleiter: Andree Zimmermann.

Thomas Willms

„Kunst als Widerstand"

Der Band „Kunst als Widerstand" zeigt moderne antifaschistische Kunst. Allein deshalb verdient er eine über das gewöhnliche Maß hinausgehende Aufmerksamkeit - hat solche Kunst doch heute Seltenheitswert. Das, was die „Initiative Kunst und Kampf" (kuk) - der „Autonomen Antifa (M)" in Göttingen und der „Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Aktion" (AA/BO) eng verbunden - und ihr maßgeblicher Autor und Maler Bernd Langer vorlegen, ist jedoch in vielerlei Hinsicht fragwürdig.

Langer zeigt in dem umfangreichen Band einen Großteil der von „kuk" in zehn Jahren hergestellten Plakate und Ölbilder und erläutert detailliert Entstehungsgeschichte, politische Umstände und Kriminalisierung ihrer Produktion. Darüber hinaus unternimmt er nichts weniger, als die gesamte kommunistische, autonome und antifaschistische Bewegung seit 1945 - und am Rande auch noch „neue soziale Bewegungen" - vorzustellen und zu diskutieren. Überzeugend ist dabei seine Analyse des „Scheiterns" autonomer Politikansätze, woraus er schließt: „Antifaschistische Arbeit bleibt auf die Sammlung unterschiedlicher politischer Ansätze angewiesen und ist auf sie ausgerichtet. Ihre politische Wirkung kann sie nur über das Zusammenwirken verschiedener Strömungen und Einzelpersonen entwickeln." (S. 45)

Die Autonome Antifa (M) aus Göttingen mit ihren Organisierungsansätzen und ihrer Öffentlichkeitsarbeit stellt er sodann als (einzigen) Ausweg dar. Auffällig ist zudem das deutliche Werben um die verbliebene kommunistische Bewegung, insbesondere die DKP. (S. 62)

Grundsätzlich problematisch ist bei dem Text, daß Langer autobiographische Elemente nicht kenntlich macht. Nicht einmal im Vorwort wagt er sich an die Ich-Form: „Der Autor ist Jahrgang 1960 und seit 1977 in der autonomen Bewegung aktiv. Ein großer Teil der in diesem Buch beschriebenen Vorgänge beruhen auf persönlichen Erfahrungen."

Zudem sind die Darstellungen bereits vom Faktenmaterial her angreifbar. Was er beispielsweise über meine eigene Organisation schreibt, die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten", so lautet deren korrekter Name nämlich heute, beruht auf Vorurteilen, Gerüchten und falschen Informationen. So behauptet er, diese sei 1947 von „ehemaligen kommunistischen Widerstandskämpfern" initiiert worden. (S. 45f.) Dies ist gleich vierfach falsch: 1947 erfolgte nur der Zusammenschluß zu einem gesamtdeutschen Verband. An der Gründung waren nicht nur Teilnehmer des Widerstands beiderlei Geschlechts, sondern auch *Verfolgte* und zwar *aller antifaschistischen Richtungen* beteiligt. Hier schlägt wohl durch, daß „Opfer", insbesondere von außerhalb des kommunistischen Bereiches, in der kuk-Kunst kaum vorkommen, doch dazu weiter unten mehr.

Das wichtigste an dem Band sind die Bilder und Plakate, die ernst genommen sein wollen. In ihnen möchte „kuk" ihr „politisch-künstlerisches Konzept" deutlich machen, mit ihnen setzt es seine „Ansprüche in die Realität um" und „propagiert" sie, wie es im Vorwort heißt. Ergo nehme ich an, daß die Bilder gegenüber dem Text das letzte Wort haben. Es bestehen nämlich einige wenige, aber dafür bezeichnende Widersprüche zwischen Text und Bild.

Die Bilder zeigen, stilistisch an die Pop-Art angelehnt, antifaschistische Aktionen verschiedener Art, v.a. aber Demonstrationen und Straßenkämpfe mit Polizei und Neofaschisten. „kuk" zeigt eine Welt, in der Antifaschisten als eine neue Art von Kriegern ohne soziale Beziehungen, ohne Einschränkungen durch Krankheit, Kinder, Arbeitsleben, Geldsorgen, Alter, Rollstühle, Ängste und Depressionen daherkommen. In der Hauptsache sind sie damit beschäftigt, schnell zu rennen und hart zuzuschlagen. Warum und wofür sie das tun, bleibt vage. „kuk" läßt es nicht an flammenden Aufrufen gegen „Kapitalismus", „Faschismus", „Polizeiterror" usw. mangeln, doch wie sich all das auf die gezeigten Akteure auswirkt, bleibt offen.

So wie der Text des Buches irritierenderweise durchgehend in der Gegenwartsform gehalten ist, so gibt es auch in den Bildern immer nur ein Jetzt, kein Vorher und kein Nachher. Man erfährt im Grunde nichts über Motivation und Ziele.

Ebenso problematisch ist der Begriff von Autonomie. „Autonomie" bedeutet hier Abschottung, Beziehungs- und Sprachlosigkeit gegenüber der Umwelt. Die Welt außerhalb der antifaschistischen Kriegerkaste erscheint ausschließlich als Bedrohung. Die Masken und Helme der Krieger stehen für ein Autonomie-Konzept, das mit Macht, Kontrolle und Gewalt einhergeht. Die Maskierten stehen angeblich völlig außerhalb dessen, was sie „angreifen". Natürlich ist dem nicht so. Vielmehr erzählt uns „kuk" drei altbekannte Geschichten, die schon immer dazu dienten, aus uns „richtige Männer" zu machen:

Zum ersten ist es die Geschichte vom Indianer, der keinen Schmerz kennt. Schmerz und Trauer läßt Langer nur auf einem einzigen Bild zu, der Bleistiftzeichnung „Zum Tode von Karl Peix und Walter Krämer" (S. 225), mit der er an die Ermordung dieser Antifaschisten erinnert. Es ist bezeichnenderweise eine private und intime Arbeit, die so gar nicht zum Stil der „kuk" paßt. Gefühlsarbeit, also auch Trauer, überlassen Männer für gewöhnlich ihren Frauen. Dies gilt auch für „kuk"-Krieger, denen nicht anzusehen ist, daß sie über innere Bremsen verfügen, wenn sie „in Aktion" treten.

Zum zweiten erfahren wir durch „kuk", daß es kein Problem gibt, daß sich nicht mit einem gezielten Faustschlag lösen ließe. Die Gewalt der Antifa-Terminatoren kommt daher nicht nur ohne moralischen Hintergrund aus, sie wird auch zum Fetisch, zum letztlich einzigen Maßstab, an dem sich entscheidet, was gute und



„Antifaschistische Kriegerkaste" als Ausdruck „revolutionärer Kunst"?

was schlechte antifaschistische Politik ist. „Zuschlagen ist geil!" könnte unter vielen „kuk"-Plakaten stehen. Frappierend ist, daß sich die beziehungslosen Krieger von ihren neofaschistischen Gegenübern nur durch Äußerlichkeiten, wie z.B. Aufnähern, unterscheiden. Da die „Guten" immer besser und härter zuschlagen, bleibt es nicht aus, daß sie mehr Angst erzeugen als die „Bösen", für die sich sogar Mitleid zu regen beginnt.

Drittens lehrt uns „kuk", daß sich Männer in unübersichtlichen Situationen am besten zusammenschließen, um Abschottung und (Pseudo-)Sicherheit nunmehr gemeinsam zu produzieren. Aus den Kriegern werden somit Soldaten, aus Kriegergruppen militarisierte Formationen. Der Antifa-„Block" steht nun dem Polizei-„Block" gegenüber, beide zur Endschlacht gerüstet. (Wenn die Übereinstimmung Nazi-Deutschlands mit der Bundesrepublik so weit ginge, wie „kuk" dauernd unterstellt, hätte diese Endschlacht längst stattgefunden und Langers Buch wäre nie erschienen.)

Fazit ist, daß in diesen Bilder nicht der Antifaschismus ausgelotet wird, sondern einem primitiven und brutalen Männlichkeitskult das Wort geredet wird. Diese Kritik wird der „kuk" nicht unbekannt sein, da Langer selbst, wenn auch nur abstrakt, über „die neue Frauenbewegung" (S. 14), „Autonome Frauen/Lesben", „Fantifas" und „Sexismusdebatten" schreibt (S. 31 - 33).

Die Bilder widersprechen zudem dem Anspruch der AA/BO auf eine „Sammlung unterschiedlicher politischer Ansätze". Vielmehr erscheint sie auf den Plakaten stets als „Vollenderin" aller Bewegungen. Der Monopolanspruch geht soweit, den „autonomen Antifaschismus", bzw. in neueren Werken die AA/BO, als logische Fortsetzung der Bauernkriege und der Oktoberrevolution darzustellen. (S. 177, 216, 229) Das ist, mit Verlaub, blanker Unsinn.

Bernd Langer: Kunst als Widerstand. Plakate - Ölbilder - Aktionen - Texte der Initiative Kunst und Kampf, Bonn 1997, PRV Nachfolger, 49,90 DM, 240 Seiten Großformat

Andreas Speit

Die absolute Verfügbarkeit des Menschen

Fast fünf Jahrzehnte nach der Dokumentation des sogenannten Nürnberger Ärzteprozesses von Alexander Mitscherlich und Fred Mielke, „Medizin ohne Menschlichkeit", präsentiert Ernst Klee eine Studie über NS-Täter im Ärztekittel, die Patienten, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge zu „Laborratten" degradierten.

Im Gespräch mit den Frankfurter Rundschau Redakteuren M. Arning und M. Emmrich pointiert Klee: „Es ist erstaunlich, wie wenig wir von diesen Verbrechen wissen und wie minimal die Aufklärung darüber ist" und „was mich am meisten verblüfft hat, ist, daß seit dem Buch von Mitscherlich sich niemand mehr die Quellen des Nürnberger Prozesses angesehen hat". Auf dieser und weiteren Quellen basiert Klees jüngste Publikation.

Akribisch dokumentiert er das System der medizinischen Forschung und der konkurrierenden Organisationen: das SS-Sanitätswesen, das SS-Ahnenerbe, die Wehrmacht und die Kaiser-Wilhelm-Institut (heute Max-Plank-Gesellschaft). Dabei skizziert er die Karrieren von Ärzten und Medizinern, die Menschen für medizinische Experimente mißbrauchten und töteten und nach 1945 honorige Universitätskatheder oder lukrative Posten in Pharmaunternehmen übernahmen. Desweiteren recherchiert er u.a., daß die Deutsche Forschungsgemeinschaft die meisten Medizinverbrechen finanzierte, von Zwillingsforschung bis zur Sezierung von Menschen auf Bestellung für renommierte, medizinische Institutionen; die Wehrmacht intensive „Forschungen" u.a. am „jungen gesunden Juden" durchführte und die Pharmaindustrie, z.B. Bayer, Präparate in KZ's „erprobte".

„Die Machthaber des Dritten Reiches boten Medizinern etwas unerhört Verlockendes (...) Statt Meerschweinchen, Laborraten und Versuchskaninchen können sie Menschen massenhaft zu Versuchszwecken benutzen" formuliert Klee im Vorwort. „Die menschlichen Versuchsobjekte werden als rassisch, sozial oder ökonomisch minderwertig abqualifiziert, ihr 'Verbrauch' für die Forschung als nützlich für die kommenden Generationen gerechtfertigt". In der Studie weißt Klee nach, daß die Elite der deutschen Medizin von den Verbrechen wußte oder daran beteiligt war. Für sie ermöglichte der Nationalsozialismus die „Freiheit der Forschung" und in Auschwitz-Birkenau fanden sie ein „Forschungsparadies" vor. Sie nutzten die Möglichkeit der „absoluten Verfügbarkeit über Menschen". Ohne Wenn und Aber, im Namen der Wissenschaft und in der Gewißheit, niemals gegen den ärztlichen Ethos verstoßen zu haben. Sein Resümee: „Die Medizin während der Nazi-Zeit unterscheidet sich von der Medizin vorher und nachher nur in einem: Forscher dürfen alles, was sie wollen".

Die aktuelle Bioethik-Debatte bestätigt Klee. Längst ist die „absoluten Verfügbarkeit über Menschen" für die medizinische Forschung und zum Wohl der Gemeinschaft Thema. Exemplarisch konkretisiert in der europäischen Bioethik-Konvention, in der nicht-therapeutische Eingriffe bei nicht-entscheidungsfähigen Kranken (u.a. behinderte und alte Menschen) legitimiert werden.

Dokumentarisch hat Ernst Klee die 526 Seiten starke Studie verfaßt - weder moralisierend, noch kommentierend. Die Täter erscheinen so auch nicht als „Monster" oder „NS-Fanatiker", sondern als das, was sie waren, „normale Mediziner" und der alltägliche Nationalsozialismus offenbart seine „triviale Normalität" der Selektion und Eliminierung.

Nicht nur wegen der weit über Tausend Namen dürfte Klees Publikation zum Standardwerk werden, wie seine Publikation „'Euthanasie' im NS-Staat", sondern auch wegen der Detailfülle und strukturierten Präsentation, inklusive Sach- und Personenregister. In der „Zeit" resümierte Michael Burleigh (University of Wales): „(...) zweifellos die bislang bedeutendste Untersuchung zur Rolle der Medizin im 'Dritten Reich'" und Klaus Dörner in der FR: „Die erste systematische Darstellung der Menschenversuche in allen Konzentrationslagern". Für seine Studie erhielt Klee bereits den Geschwister-Scholl-Preis und die zweite Auflage ist schon im Druck.

Die Publikation hat kein Nachwort. Die Fakten über die Menschenversuche - ihre detailgetreue Schilderung - und die Biographien der Täter sprechen für sich. „Ich habe meistens Dokumente zitiert, bei denen man es schier nicht aushält, das überhaupt zu lesen - was soll ich da noch kommentieren?" argumentiert Klee im FR-Interview. Dem ist nichts hinzuzufügen und es bleibt zu hoffen, daß die Publikation die historische Aufarbeitung forciert, wie seine „Euthanasie"-Studien. Die Relativierungen der Historie der „absoluten Verfügbarkeit über Menschen" im bioethischen Diskurs manifestiert die Notwendigkeit und Aktualität von Klees Studie.

Ernst Klee: Auschwitz. Die NS-Medizin und ihre Opfer, Fischer Verlag, Frankfurt a. Main, 1997. 58,- DM.